

Regierung – einst und heute



Dr. Dragan
Najman,
Grossrat,
Baden

Wenn ich von «einst» schreibe, meine ich nicht vor Jahrhunderten, sondern ab 1939, d.h. vom Beginn des Zweiten Weltkriegs weg, bis heute.

Der Bergier-Bericht

Da haben vor gut 10 Jahren eine Anzahl «Fachleute» (oder zumindest solche, die es zu sein glaubten) einen Bericht über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verfasst. Dabei wurde unsere damalige Regierung und das Verhalten der Schweiz im Allgemeinen «verrissen».

Das ist noch höflich ausgedrückt; in Tat und Wahrheit haben diese

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

Leute kaum ein gutes Haar am Verhalten unserer damaligen Regierung gelassen. Die meisten dieser selbsternannten «Experten» waren damals noch nicht geboren oder noch in den Kinderschuhen. Ihre «Kenntnisse» der Zeit von damals sind also meist aus zweiter Hand.

Ich bin zwar auch erst 1936 geboren und seit September 1943 in der Schweiz, habe die damalige Zeit aber noch in bester, bzw. schlechtes-

ter Erinnerung. Noch sehr gut kann ich mich erinnern, wie wir während den Radio-Nachrichten vor einer grossen Landkarte von Europa (vom Atlantik bis über Polen hinaus und im Süden bis Italien) standen und jeweils die Fortschritte (und teilweise auch Rückschläge) der alliierten Truppen auf der Karte einzeichneten. Auch, wie 1944 Lautsprecherwagen durch Baden fuhren und die Teilmobilisation der Truppen bekannt gaben. Offenbar war es an unseren Grenzen wieder einmal sehr brenzlich, weil man nicht wissen konnte, ob die kämpfenden Truppenteile in die Schweiz ausweichen würden und sich damit der Weltkrieg auch auf unser Land ausweiten würde.

Dass die «Fachleute» des Bergier-Berichts die Lage aus heutiger Sicht betrachtet haben, finde ich im höchsten Mass fahrlässig, um nicht zu sagen ungeheuerlich.

Aus sicherer Warte und Jahrzehnte nach dem Ereignis kann man ruhig grossartig erklären, was man damals falsch gemacht hat und wie man anders hätte handeln können oder sollen! Es wäre ja schön, wenn man sämtliche Ereignisse der Weltgeschichte nach Jahren oder Jahrzehnten einfach wiederholen könnte, um «es dann besser zu machen». Aber leider geht das nicht; das können nur die «Pseudo-Historiker» des Bergier-Berichts. Es ist klar, nicht alle Bundesräte von damals waren gleichermassen patriotisch (um mich höflich auszudrücken). Aber auch diese «ins grosse Reich schielenden Leute» darf man nicht einfach verurteilen. Wie gesagt, ich war damals ein Kind, aber ich kann mir gut vorstellen, wie unsere Regierung lavieren musste zwischen Machbarem und Wünschbarem. Zum einen konnte die Schweiz, die ja selbst völlig umzingelt war, nicht beliebig viele Flüchtlinge aufnehmen, denn auch unsere Ressourcen waren beschränkt und zum grossen Teil von den Zuge-



Am 7. April 2010 jährte sich zum 50. Mal der Todestag unseres unvergesslichen Generals Henri Guisan (1874–1960). Den Auftrag, die Schweiz unabhängig zu erhalten, hat er erfüllt!

ständnissen der Achsenmächte abhängig. Diese hätten mit Leichtigkeit die Einfuhr von zum Überleben wichtiger Waren in die Schweiz unterbinden können. Von Kartoffeln allein, die damals überall im Land angebaut wurden, kann kein Land überleben. Ich entsinne mich noch sehr gut, wie wir damals als Primarschüler die riesigen Grünflächen im Schwimmbad Baden (damals das zweitgrösste Terrassenschwimmbad der Schweiz) umgraben mussten, um Kartoffeln anzupflanzen. Und auf der Bahnfahrt nach Zürich konnte man überall Leute

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Lüge und Täuschung
- 3 Zum Nachdenken...
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Keinen Landwirtschaftsboden für Golfplätze!
- 7 Schweizer Demokraten im Aargauer Grossen Rat aktiv
- 8 Frauen sind auch Menschen!
- 9 Marktplatz
- 10 Aus den Kantonen
- 12 JSD-Standpunkt
- 15 Der Leser hat das Wort

Regierung – einst und heute*Fortsetzung von Seite 1*

sehen, die frühere Wälder und Wiesen landwirtschaftlich nutzten. Also nicht nur politisch und militärisch musste unser damaliger Bundesrat mit Umsicht mit dem Deutschen Reich und dessen Vasallen umgehen. **Aber, wie schon erwähnt, heute – aus sicherer Warte – kann man ruhig darlegen, was man hätte anders machen können. Besonders der berühmte Georg Kreis ist da wirklich «grosse Klasse»!**

Der Bundesrat – damals und heute

Ich denke oft, wenn die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs eine gleichermassen wankelmütige, um nicht zu sagen schwache Regierung gehabt hätte wie heute,

dann kann man füglich sagen **«guet Nacht am sächsi»!**

Man denke nur, wie unsere heutigen «Landesväter» jeweils vor den EU-Vertretern zu Kreuze kriechen. Da heisst es immer, wir seien ja mitten in Europa und von der EU abhängig. Aber gerade unsere Position «mitten in Europa» ist doch unsere Stärke, wenn wir eine starke und selbstbewusste Regierung hätten. Aber eben, wenn nur das verflixte Wörtchen «wenn» nicht wär...

Als die EU uns wieder einmal unter Druck gesetzt hatte – damals wegen der Durchfahrt von 40-Tönern – hatte ich dem Bundesrat geschrieben und den Vorschlag gemacht, doch einmal **unsere Stärke** des «Mitten in Europa» ins Spiel bringen. Die Schweiz solle doch

einfach an einem Sonntagnachmittag erklären, dass ab Mitternacht unsere Grenzen für den Lastwagen-Transit geschlossen sei. **Und was für eine Antwort erhielt ich aus Bern? Ich hätte im Prinzip schon Recht, aber «man könne doch nicht so...».**

Ja eben – wenn man auf Druck von aussen so unterwürfig reagiert und selbst, wenn es die so «angeschlagene» EU ist, muss man sich nicht wundern, wenn man nicht ernst genommen wird. Oder wie war es 1991 nach dem Nein des Stimmbolkes zum Beitritt der Schweiz zum EWR. Da pilgerten doch tatsächlich drei unserer «Landesväter», d.h. praktisch die halbe Regierung, ähnlich einem «Gang nach Canossa», nach Brüssel, um unsere Mächtgern-Kolonialher-

ren um Entschuldigung zu bitten wegen dieses Volksentscheides. Sie könnten halt leider nichts dafür, dass der «Volksentscheid so ausgefallen sei». Diese wüssten die Wohltaten der EU eben nicht zu schätzen. Aber auch gegenüber praktisch jedem anderen Staat (Libyen) kann sich unsere heutige «Regierung» nicht im geringsten durchsetzen.

Ich habe schon oft erwähnt und sage es gern ein weiteres Mal: Es verwundert wohl niemanden – ausser unsere «Regierung» in Bern – dass wir heute weltweit nicht (mehr wirklich) Ernst genommen werden, ausser natürlich, wenn es um Schweizer Finanzhilfe geht, die überall hin grosszügig verteilt und ebenso gern empfangen wird!

Lüge und Täuschung – probate Mittel der Weltpolitik

Da hat also Präsident Barack Hussein Obama zu einem Atomgipfel eingeladen, damit die Welt sicherer werde!

«Die Welt soll künftig besser vor Atom-Terroristen geschützt werden» verkündete Obama und dachte dabei offenbar an gewisse Andere, nicht etwa an jene, die bis jetzt Terror mit radioaktiven Waffen betrieben. Ist es nicht erstaunlich, dass bis heute kein einziger Fall bekannt ist, in welchen sich die definierten Terroristen mit Atomwaffen, resp. radioaktivem Material, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben? Hingegen haben die USA in grossem Stil Atomwaffen, resp. radioaktives Material, gegen Menschen eingesetzt oder als Druckmittel verwendet!

– Hiroshima und Nagasaki mit Hunderttausenden von Toten und Millionen von Geschädigten sind nicht vergessen.

– Grosse Teile Serbiens, des Irak und von Afghanistan sind radioaktiv verseucht durch den Einsatz amerikanischer radioaktiver Munition und Raketen. Schildrüsenkrebs, Leukämie und missgebildete Neugeborene legen Zeugnis ab vom Einsatz «modernster» Waffen der Amerikaner gegen Völker, die diesen Waffen nichts entgegenzusetzen hatten und haben.

– Der Süden Libanons wurde von den Israeli mit neuartigen Waffen massiv zerstört. Die Berichte der Mediziner über ungewöhnliche Schäden an den Leichen wurden unterdrückt. Deshalb ist offen, ob «strahlende» Munition oder «gebündelte, getaktete»



Beim Einsatz von Atomwaffen und radioaktivem Material nützen auch die modernsten Schutzanzüge wenig.

Energiewaffen eingesetzt wurden.

Grossmaulig hat Obama erklärt, die USA würden sich verpflichten, keinen Erstschatz mit Atomwaffen auf Staaten ohne Atomwaffen zu führen; ausgenommen seien «Schurkenstaaten» wie der Iran, Nordkorea, Syrien und gewisse andere.

Wieso Israel und die USA selbst nicht zu den definierten Schurkenstaaten gehören, hat Obama nicht erläutert. Dies, obwohl Israel seine Nachbarn andauernd mit Atomwaffen bedroht und dem Atomsperr-Vertrag nicht beigetreten ist. Es lässt also auch keine Inspektionen zu, die es vom Iran jedoch ultimativ verlangt.

Dass die USA als Schurkenstaat No. 1 zu bezeichnen sind, beweist die Tatsache, dass Obama von atomarer Abrüstung, ja von der Vision einer atomwaffenfreien Welt spricht und gleichzeitig die in Deutschland (aber auch in Belgien, den Niederlanden und in der Türkei) stationierten amerikanischen Atomwaffen des Typs B-61 moder-

nisiert. Für rund 2 Milliarden Dollar sollen in den nächsten Monaten neue Atomwaffen nach Europa geschafft werden. Die in Bunkern in der Eiffel gelagerten Nuklearwaffen sollen sogar durch neuere, wirkungskräftigere Systeme ersetzt werden!

Weiterhin nukleare Abschreckung

Die Aussenministerin Hillary Clinton massregelte kürzlich den deutschen Aussenminister: Die Vision Obamas einer atomwaffenfreien Welt sei mit der Entschlossenheit der NATO verbunden, bis auf Weiteres die nukleare Abschreckung aufrecht zu erhalten.

Ebenso fragwürdig ist das vielgerühmte Abkommen, wonach die USA und Russland je 34 Tonnen Plutonium vernichten wollen. Nebenbei bemerkt – 34 Tonnen Plutonium genügen für die Herstellung von 17 000 Atombomben. Die Vernichtungsaktion dieses höllischen Materials soll jedoch erst 2018 beginnen. Dann aber werden weder Obama noch Medwedev, noch an

der Macht sein. Während deren Regierungszeit soll also die Drohung des «overkill» weiter bestehen. Die ganze Zeit aber werden die Neokons in den USA und in Grossbritannien weiter wühlen, um den Krieg in eine heisse Phase überzuführen. Diese möchten bekanntermassen lieber heute als erst morgen gegen den Iran und evtl. weitere Staaten losschlagen, um die furchtbar aufgelaufenen Schulden des Dollarimperiums abschütteln und ihre Pläne zur Weltherrschaft weiter treiben zu können.

Traurig und doch erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, wie sich unsere Bundespräsidentin Doris Leuthard bei Barack Hussein Obama am oben erwähnten Gipfel angebotert hat. Man erinnere sich an die entsprechenden Fotos, die publiziert wurden und eine vertrauensselige – den amerikanischen Präsidenten anlächelnde – Doris Leuthard zeigen. Sie erinnert damit an ihren Vorgänger Adolf Ogi, der von Bill Clinton schulterklopfend als «good boy» qualifiziert wurde!

Wir sind wahrhaftig auf einem demütigenden Weg im US-Vasallenreich. *Hans Spitz, Köniz*

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Zum Nachdenken...

Für Sie gelesen – Die Wirtschaft erholt sich (möglicherweise) langsam wieder! Allzu gerne lassen wir uns durch diese Botschaft trösten. Denn jedermann macht sich Sorgen um die Zukunft, um seinen Arbeitsplatz, um seine Altersrente, um sein Sparkapital.

Und das gedacht – Ein «Zwischenhoch» bedeutet noch keine Schönwetter-Periode!

Wie soll man an den Aufschwung glauben, wenn gleichzeitig

– in den USA in diesem Jahr schon die 40. Bank Pleite geht – nach 140 Banken im vergangenen Jahr und bei der Ankündigung von Bankfachleuten, dass weitere 700 Banken gefährdet seien!

– immer mehr Staaten in ernsthafte, finanzielle Schwierigkeiten kommen. Neben den bekanntesten Namen wie USA, Griechenland, Italien, Spanien, werden auch England, Frankreich und neuerdings sogar Deutschland genannt; Island soll ein Jahr vor dem Zusammenbruch stehen!

– **China soll sich verzweifelt bemühen, seine riesigen Dollar-Guthaben in Realwerte wie Gold, Minen, Industrieanlagen und Agrarland umzuwandeln;**

– der internationale Währungsfonds vor den explodierenden Schulden der grössten Industriestaaten warnt und den Abbau der Schulden als die gewaltigste Aufgabe dieser Staaten bezeichnet;

– in Österreich bereits Unterschriften gesammelt werden mit dem Ziel des Austrittes aus der EU. Breite Kreise befürchten den Zusammenbruch der Euro-Zone, die sich – so wie seinerzeit prognostiziert – als Fehlkonstruktion erweise;

– Die Bemühungen der USA immer eindeutiger werden, gegen den Iran einen blutigen Krieg zu entfesseln. Dies offensichtlich, um vom kommenden Supergau des Zusammenbruchs des Dollar-Imperiums abzulenken. Vielsagend die Tatsache, dass die USA die M3 Geldmenge nicht mehr bekannt gibt. Die Druckerpresse, resp. der Mausclick zur Schaffung von «Fiat-money» laufen auf Hochtouren.

Für Sie gelesen – WHO und Krebsliga prophezeien, dass in diesen Jahren die Krebserkrankungen – auch in der Schweiz – massiv zunehmen werden. 2010 soll die Anzahl der Krebstoten erstmals die Herz-Kreislauffoten übertreffen.

Und das gedacht – Es ist unglaublich,

– dass gleichzeitig geplant wird,



Steht die Börse vor dem Zusammenbruch?

die Anzahl Sendemasten für die neueste Handy-Generation zu verzehnfachen; dies obwohl sehr begründet auf die gesundheitlichen Gefahren der gepulsten Mikrowellenstrahlung hingewiesen wird;

– dass alle nicht konventionellen Krebsbekämpfungs-Methoden klein geredet werden, obwohl starke Indizien für die Wirksamkeit psychischer, ernährungstechnischer und naturheilkundlicher Provenienz sprechen;

– dass die anglikanische Kirche (in der Londoner St. Lawrence Jewry) während der Messe die Mobiltelefone segnet, um damit eine störungsfreie Mobilfunk-Verbindung zu erreichen.

Für Sie gelesen – Die Zahl der Übergewichtigen – Kinder und Erwachsene – nehme laufend zu. Dies mit bösen Folgen für die Gesundheit, resp. die Krankheitsanfälligkeit. Man denke an Diabetes, Schäden an den Gelenken und der Wirbelsäule, organische Krankheiten aller Art. Die Zahnärzte können ein Lied singen über die Folgen der Fehlernährung. Da hilft auch fleissiges Zähneputzen nicht weiter!

Und das gedacht – Unzweifelhaft sind der extensive Zuckerkonsum, aber auch das hemmungslose Verschlingen von Schokolade, Backwaren und Teigwaren, sowie das verbreitete Trinken gesüsster Wässerchen, wie Limonaden aller Art, vor allem aber von Ice-Tea und Coca-Cola mitschuldig an der in jeder Hinsicht kostspieligen Entwicklung.

Und in der Wirtschaftspresse werden die Wachstumserfolge der ent-

sprechenden Konzerne hochgejubelt, als seien sie Massstab für glückliche Völker! Welch ein schizophrener Wahnsinn!

CIA kauft Unternehmen, das Blogs, Twitter, You Tube und Amazon überwacht. Damit sollen auf nationaler und internationaler Ebene alle überwacht werden, die sich an Diskussionen beteiligen, die für die USA von Interesse sind.

Und das gedacht – Hier zeigt sich eine neue Kampfebene um die Seele der Menschen. Bereits die Studentenbewegung «manos blancos» in Venezuela, die Demonstrationen gegen die Wahlergebnisse im Iran (die schon vorher auf Grund von Umfragen so zu erwarten waren!) und die Jugendbewegungen in antiimperialistischen Ländern wurden und werden offensichtlich von den US-Geheimdiensten gesponsert. Gleichzeitig wird in den USA kriminalisiert, wer mit Twitter oder Facebooks zu Protesten gegen die Politik Washingtons aufruft.

Am 25.1. wurde in Bagdad «Chemie-Ali» gehängt. Er – Ali Hassan al-Majid – wurde viermal zum Tode verurteilt, weil er im iranisch-irakischen Krieg und den folgenden innerirakischen Kriegen (gegen die Kurden im Norden und die «Sumpf-Schiiten» im Süden des Landes) den Einsatz von Giftgas angeordnet haben soll.

Und das gedacht – Der äusserst verlustreiche Krieg des Irak gegen den Iran war von den USA gefördert, ja gefordert worden, um den iranischen Gottesstaat auszubremsen. Das Giftgas war vom US-Vasallen Deutschland geliefert worden. George Orwell sagte einmal:

*In Zeiten weltweiter Täuschung...
Ist es ein revolutionärer Akt,
die Wahrheit zu sagen!
Wie wahr!*

Jamaika hat den Staatsbankrott erklärt, was offenbar ziemlich bedeutungslos ist. Oder haben Sie darüber im Fernsehen oder im Radio Diskussionen gehört oder in Ihrem Leibblatt gelesen? – Na ja, schliesslich geht es ja nur um 7,8 Milliarden Dollar Schulden gegenüber Privat-Gläubigern, denen eine Umschuldung angeboten wurde.

Und das gedacht – Hier handelt es sich offensichtlich um Peanuts – allein die USA hat im vergangenen Dezember 91,85 Milliarden Dollar Defizit eingefahren – ein Vorgang, der seit 15 Monaten jeden Monat ungefähr in diesem Umfang passiert. Im letzten Haushaltjahr haben die **USA 1420 Milliarden Dollar Defizit ausgewiesen.** Dazu kommt die Derivates-Bombe, die jeden Moment explodieren kann. Bei 54 Billionen Dollar Realvermögen auf dieser Welt liegen in den Bank-Tresoren 683 Billionen Dollar ungedeckte Derivate! Auch die USA sind real bankrott – dazu passt, dass Iran mit Krieg bedroht wird, weil es seine Ölgeschäfte mit Russland in Rial und Rubel abwickeln will. Saddam Hussein hat mit dem Leben bezahlt, weil er aus dem Dollar-Geschäft aussteigen wollte!

Rekordverdächtige Renditen – erzielen derzeit die private Federal Reserve Bank und die amerikanische Rüstungsindustrie. Erstere erwirtschaftete im Jahr 2009 46,1 Milliarden Dollar mit dem Drucken von US-Dollar und dem Ausleihen gegen gute Zinsen an den Staat. 41 % aller offiziell bestätigten Militär-Ausgaben der Welt werden von den USA getätigt. Das ist um die 700 Milliarden Dollar pro Jahr. Davon bekommen die Rüstungsindustrien den Löwenanteil!

Und das gedacht – Es wäre an der Zeit, dass die überschuldete Supermacht die Geldschöpfung verstaatlichen würde und ihre irrwitzige Militärmacht auf ein angemessenes Mass zurückstutzen würde. Bei 1,445 Millionen aktiver Soldaten, 1,2 Millionen Nationalgardisten, 800 000 Zivilangestellten und zudem weltweiten Geheimdienstaktivitäten ruiniert sich die Supermacht zwangsläufig selbst. Immer werden die Vasallenstaaten der USA ihr monumentales Defizit nicht decken wollen (können).

Tino Giacomo



CO₂ nicht einziges Ökoprobem!

In der öffentlichen Umweltschutzdiskussion hat sich eine ungünstige Entwicklung angebahnt: Fast alle sprechen nur noch über die Erwärmung des Weltklimas durch den andauernden Ausstoss von CO₂ in die Atmosphäre durch die Verbrennung fossiler Energieträger Kohle und Erdöl wegen der Treibhauswirkung. Skeptiker zweifeln, ob der durchschnittliche Temperaturanstieg, der unbestritten ist, nun menschengemacht sei, indem sie darauf verweisen, dass es in der Erdgeschichte schon immer Eiszeiten und Warmzeiten gegeben habe. Jetzt stünden wir eben beim Beginn einer neuen Warmzeit. Die Diskussion wird noch angeheizt durch einen anscheinend strengen Winter, den wir auf der Nordhalbkugel soeben erlebt haben, und professionelle Hacker, die in den Computer der britischen Universität von East-Anglia eingedrungen sind und eine E-Mail-Korrespondenz ausgemacht haben, die auf Zahlenmanipulationen hinweisen, welche in die Berichte der IPCC, der Klimakommission der UNO, eingedrungen seien. Sie würden diese Berichte, welche die These stützten, die Erwärmung komme tatsächlich von der Anreicherung von Kohlendioxidgas in der Erdatmosphäre, widerlegen. Die Klimakonferenz von Kopenhagen sei nutzlos. Die Hacker werden mit Millionen Dollars von den Koch-Industries unterstützt, einem US-Konzernkonglomerat, das sein Geld hauptsächlich mit Erdöl- und Kohlegeschäften macht. Auch wenn der Weltklima-Rat durch von ihm unabhängige Kontrollen die mangelhaften Ergebnisse in ihrem nächsten Bericht korrigieren will, ist der Schaden da.

Zum strengen Winter ist zunächst zu sagen, dass jede Statistik auch einzelne abweichende Zahlen, sogenannte Ausreisser enthält. Diese beweisen nichts, denn die wissenschaftliche Statistik weist nach, dass es in einer Statistik immer solche Ausreisser gibt. Entscheidend ist die allgemeine Tendenz in den Zahlen! Die Hacker von East-Anglia haben selbstverständlich ein unschönes Verhalten zutage gefördert. Einzelne Schlussfolge-

rungen der IPCC-Berichte sind denn auch übertrieben, beispielsweise, dass bis zum Jahr 2035 die Gletscher des Himalaja abschmelzen würden. Leider gibt es unter den Menschen – auch unter angeblichen Wissenschaftlern! – immer welche, die übereifrig sind und meinen, man müsse der Wahrheitsfindung noch mit Manipulationen nachhelfen. Dass immer mehr CO₂ unsere Atemluft vergiftet, ist im Übrigen unbestreitbar. Schlimm sind die Folgen. Die Diskussionen über die Rolle des Kohlendioxids in der Atmosphäre flammten erneut auf. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass die Erforschung der Zukunft immer mit einer Sicherheitsmarge ausgestattet ist. Es können deshalb immer nur Wahrscheinlichkeiten errechnet werden. Wollte man warten, bis eine Voraussage wissenschaftlich nach allen Regeln der Kunst erhärtet ist, könnte man überhaupt keine ökologische Politik mehr treiben, weil Gegenmassnahmen immer zu spät kämen. Das gilt auch für die Treibhauswirkung des Kohlendioxids. Nach allen Erfahrungen und Statistiken ist es sehr wahrscheinlich, dass die Erwärmung der Erdatmosphäre menschengemacht ist und durch die dortige Anreicherung von CO₂ zu Stande kommt. Schon der Tatbestand, dass die gemessenen Temperaturen auf der Erde in einem andern Bereich liegen als den geschichtlich bekannten, ist Hinweis genug.

Fast alle reden jetzt nur noch über die Anheizung des Weltklimas. Dabei ist es nicht das einzige ökologische Problem, vor dem wir stehen. Es gibt noch vielfältige andere! Besonders tragisch ist, dass durch die Diskussion über diese weltweite ökologische Frage alle anderen verdrängt werden. Besonders örtliche Umweltprobleme drohen dabei vergessen zu gehen. Die gibt es nämlich auch: Schutz der Wälder, die als Ausgleich des örtlichen Klimas dienen und Überschwemmungen, Murgänge und Lawinen verhindern, Erhaltung von Naturoasen, die örtliche Biotope bilden und als Rückzugsgebiete seltener Tiere und Pflanzen

wirken, Schutz des Kulturlandes vor einer notwendig werdenden totalen Überbauung als Nothelfer zukünftiger Hungersnöte usw. Es gibt doch nicht nur ein ökologisches Gesamtnetz der Erde; es gibt auch Biotope oder örtliche Ökosysteme! Die menschliche Bevölkerungskonzentration und Bevölkerungsdichte in einem bestimmten Gebiet ist doch ökologisch ebenfalls bedeutsam!

Dies wären Probleme, welche die einzelnen Nationalstaaten zu lösen hätten, durch eine nationale Umweltpolitik! Schon weil ausschliesslich die Nationalstaaten gesetzge-

berische Kompetenzen besitzen, wäre das wichtig. Zu ihnen gehörte auch der Schutz vor Übervölkerung, die eng mit dem Umweltschutz verbunden ist, auch wenn dies als politisch heikel gerne bestritten wird. Für die Schweiz sowie ganz West- und Mitteleuropa steht dabei die Migrationfrage im Vordergrund. Eine ökologische Politik ohne Beschränkung der Zuwanderung ist doch sinnlos, denn es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Umweltbelastung und Bevölkerungsdichte!

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat

Die Schweiz hat immer mehr Bewohner!



Gegen die Massenzuwanderung aus dem EU-Raum ist unser Grenzschutz wirkungslos.

DDP/jhd. Das Bundesamt für Statistik der Schweiz hat nun provisorisch seine neuesten Zahlen für das Jahr 2009 veröffentlicht. Zwei Schwerpunkte wurden in den Medien hervorgehoben: Erstens, dass die Gesamtbevölkerung sich nun auf 7 783 000 beziffere, zweitens, dass es zu einer Zunahme der Geburten gekommen sei. Beide Befunde sind falsch beziehungsweise verwirrend und dienen dazu, dem Volk Sand in die Augen zu streuen. Die offizielle Zunahme der Bevölkerung betrug 1,1 Prozent. Selbst eine solche Zahl ist nicht harmlos, da sie von Jahr zu Jahr ungefähr gleich hoch bleibt. Aber die Erbsenzählerei des Statistischen Amtes ist nachgerade lächerlich und die Gesamtbevölkerung der Schweiz lässt sich nicht mehr feststellen; denn wir haben eine wachsende Zahl von illegalen Einwanderern, so genannte «sans papiers». In der Schweiz wohnen deshalb bestimmt mehr als 7 783 000 Menschen. Da Schätzungen der Zahl von «sans papiers» zwischen 100 000 und 400 000 liegen, hat die Schweiz vielleicht schon heute 8 Millionen Einwohner!

Das auch die Zahl der Geburten,

solche von Einwandererinnen mitgezählt, ebenfalls zugenommen hat, nämlich von 76 700 (2008) auf 78 200 (2009), ist nicht verwunderlich, weil das Bevölkerungswachstum hauptsächlich durch eine neue, zusätzliche Einwanderung zu Stande kommt. **Der Geburtenüberschuss betrug 15 000, während der Einwanderungsüberschuss sich auf 85 000 bezifferte.** Einwanderer sind jedoch überdurchschnittlich jung, so dass auch die Zahl der eingewanderten gebärfähigen Frauen zugenommen hat. Der Nettoreproduktionsindex, das ist die durchschnittliche Zahl von Kindern, die eine Frau im Laufe ihres Lebens das Leben schenkt, hat minimal von 1.48 auf 1.49 zugenommen. Da indes zum zahlenmässigen Erhalt einer Bevölkerung ein Index von ungefähr 2.1 nötig ist, bleibt der Befund immer noch so, dass die Einheimischen, früher Eingewanderte mitgezählt, um ungefähr ein Drittel pro Generation aussterben. **Der Altersaufbau der Bevölkerung weist deshalb bei den unter 20-Jährigen eine massive Lücke auf, was ein Problem für die Altersversorgung erzeugt.**

Wieviel Beton erträgt unser Land?

Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz unterscheidet sich über einen längeren Zeitraum betrachtet, kaum vom exponentiellen Bevölkerungswachstum auf der Erde. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung der Schweiz weit mehr als verdoppelt (+ 133%): von 3,3 Millionen (1900) auf 7,7 Millionen (2008). Seit den 80er-Jahren übertrifft der Wanderungszuwachs den Geburtenüberschuss deutlich.

Die Bevölkerungsdichte in der Schweiz, berechnet aus Einwohnerzahl (Ende 2008: 7,7 Mio.) und Fläche (41 000 km²), ergibt gegenwärtig 188 Einwohner pro km². Diejenige von Österreich – ein vergleichbares Gebirgsland – beträgt 99 Einwohner pro km², ist also nur etwas mehr als halb so hoch wie diejenige der Schweiz. Betrachtet man nur das schweizerische Mittelland, so ergibt sich eine Dichte von 475 Einwohner pro km². Die Schweiz ist damit eines der dichtest bevölkerten Länder nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt.

Für 2009 zeichnet sich ab, dass das Rekordwachstum vom Vorjahr sich wohl etwas abgeschwächt hat, sich aber immer noch auf hohem Niveau bewegt.

Ein durchschnittlicher Wanderungssaldo der ersten 11 Monate von monatlich 7600 ergibt auf das gesamte Jahr 2009 hochgerechnet eine Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung um weit über 70 000. Der Geburtenüberschuss hat zum Gesamtwachstum der ständigen Wohnbevölkerung nur rund 20 % beigetragen. Das gesamte Bevölkerungswachstum von hochgerechnet 77 000 Menschen im Jahr 2009 wurde somit wiederum grösstenteils durch den Wanderungssaldo verursacht.

Dieses erneute Wachstum um gut 1% im Jahr 2009 schliesst sich an das Rekordwachstum im Jahr 2008 an, wo die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz um 108 400 Menschen oder 1,4 Prozent zugenommen hatte.

Auch damals war die Zuwanderung der Hauptgrund.

Aus: Ecopop

Abfuhr für die Regierung

Am 29. November 2009 haben die Obwaldner Stimmberechtigten das Vorhaben zur Schaffung von Sonderzonen mit hoher Wohnqualität für Vermögende deutlich abgelehnt. Die Vorlage hätte es vermögenden Zuzüglern erlaubt, ausserhalb von bestehenden Bauzonen Landwirtschaftsland zu erwerben und vom Kanton anschliessend einzonen zu lassen. Einzige Bedingung wäre gewesen, dass die erworbene Parzelle an eine bestehende Bauzone anschliesst. Der Inner-schweizer Heimatschutz, Sektion Obwalden, hatte im Vorfeld gegen die Umsetzung der Richtplanung eindeutig Position bezogen: Aus seiner Sicht war die Vorlage zu wenig konkret. Der Regierungsrat versprach zwar, dass er die Umgebungsgestaltung der Sonderzonen

restriktiv regeln würde, liess aber offen wie. Es war zu befürchten, dass der Kanton, da er unter Erfolgsdruck gestanden wäre, bei einer konkreten Anfrage die eigenen Vorgaben sehr offen ausgelegt hätte. Das Obwaldner Landschaftsbild – auch von Politikern immer wieder als einzigartiges Qualitätsmerkmal der Region hervorgehoben – wäre nachhaltig verändert worden. Es bleibt zu hoffen, dass in Zukunft die Förderung von Baukultur und eine qualitätsvolle Siedlungsplanung, welche die historische Landschaftsentwicklung respektiert, in der Politik mehr Gehör findet, damit unser Lebensraum für alle Bewohner langfristig attraktiv gestaltet werden kann.

Aus: Heimatschutz

Leserbrief

Andermatt hat seine Seele verkauft

Schon nur der Name des neuen Feriendorfs befremdet mich sehr. In «New Andermatt» sind sicherlich nebst dem grossen Golfplatz auch Wellnesscenter, Adventures Trail, Panorama View und Forest jump geplant. Dies alles tönt für mich nach Ausverkauf der Heimat. So ein Resort könnte irgendwo in der Welt stehen. Weshalb sollte man dafür extra nach Andermatt kom-

men? Für mich hätte die Gegend von Andermatt mehr Besonderes und Einmaliges zu bieten, als je in New Andermatt entstehen wird; Ein Standardferienresort mit internationalem Anstrich in der Schweiz ist für den Schweizer Tourismus nicht attraktiv. Andermatt hat seine Seele verkauft.

Ruth Klingler, Biel
(Aus: Migros-Magazin)



Vorankündigung SD-1.-August-Feier

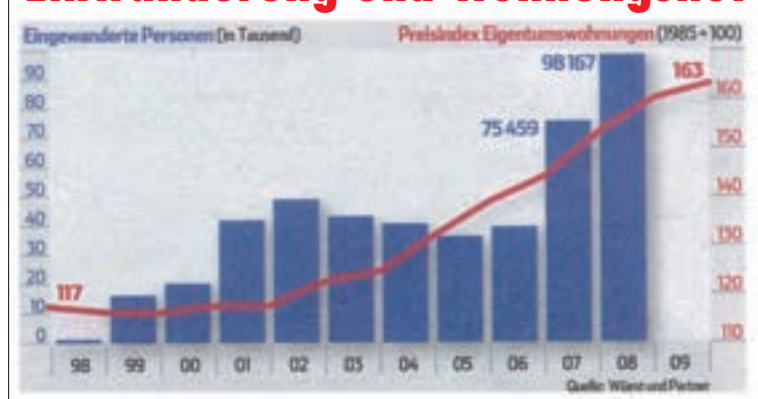
Dieses Jahr wird die erst kürzlich gegründete JSD-Ostschweiz die traditionelle 1.-August-Feier der Schweizer Demokraten (SD) organisieren und durchführen. Diese findet statt am

Sonntag, 1. August 2010, ab 10.30 Uhr im Restaurant «National» in Näfels (GL)

Weitere Informationen und ein detailliertes Programm entnehmen Sie der Juni-Ausgabe unserer Parteizeitung!

Reservieren Sie sich bitte schon jetzt den Termin!

Einwanderung und Wohnungsnot



Der Einwanderungsboom hat die Preise für Wohneigentum in den vergangenen zehn Jahren um fast 50 Prozent erhöht. (Aus: Migros-Magazin)

Fortpflanzung in Etappen

Schon ab April werden bei uns wieder die Distelfalter (Cynthia cardui) aus dem Süden eintreffen. Distelfalter sind typische Wanderfalter, das heisst, sie verbringen ähnlich wie Zugvögel den Winter im Süden und den Sommer im Norden. Mit der Fortpflanzung halten sie es aber ganz anders als die Vögel, pflanzen sie sich doch in Etappen fort – sowohl in zeitlicher als auch örtlicher Hinsicht. Eine erste Eiablage erfolgt im Frühjahr in Südeuropa, nach der Migration der Falter aus Nordafrika. Die daraus schlüpfenden Raupen verpuppen sich zu Faltern, die ihrerseits die Reise nach Mittel- und Nordeuropa antreten. Bei uns angekommen, legen die Weibchen wieder fleissig Eier: Bis zu drei Generationen sind über den Sommer möglich. Ein Teil der Tiere der letzten Generation fliegt im Herbst wieder südwärts, wobei einige die Alpenquerung nicht rechtzeitig schaffen und auf den Gletschern verenden. Letztes Jahr gab es eine richtige



Bild aus Pro Natura.

Grossinvasion von Distelfaltern. Millionen dieser zarten Flugkünstler nutzten die günstigen Winde für die weite Strecke. Der Grund für das gute Distelfalterjahr lag wohl in der auffällig niederschlagsreichen Witterung im Mittelmeerraum im Vorfrühling. Dadurch wuchsen die Futterpflanzen der Raupen sehr schnell und boten eine üppige Nahrungsquelle, sodass sich die Falter in grosser Zahl entwickeln und gen Norden ziehen konnten.

Aus: Pro Natura

Keinen Landwirtschaftsboden für Golfplätze!

SD-Erfolg im Zürcher Gemeinderat

csz. Die Stadt Zürich besitzt ausserhalb ihres Gemeindegebiets zahlreiche Grundstücke, die grösstenteils vor Jahrzehnten gekauft wurden, weil man offenbar glaubte, längerfristig «Bauland»-Reserven für eine Millionenstadt anlegen zu müssen. Nun verkauft der Stadtrat eine Parzelle nach der andern. Damit leistet er der Überbauung (d.h. Vernichtung) von immer mehr fruchtbarem, auf lange Sicht für die Landesversorgung mit Lebensmitteln unentbehrlichem Boden Vorschub. Die Schweizer Demokraten wehren sich im Stadtparlament immer wieder erfolglos gegen diese kurzsichtige Politik, welche dazu beiträgt, dass sich die Agglomeration Zürich weiterhin wie ein aggressives Krebsgeschwür in die Landschaft hineinfrisst. Nun will der Stadtrat noch weiter gehen und 25 ha bestes Landwirtschaftsland beim Weiler Herrenberg in Bergdietikon (AG) für ein Golfplatz-Projekt von insgesamt einem Quadratkilometer Grösse (!) abgeben, obwohl es ansässige Bauern gibt, die dieses Land sehr gerne pachten würden. **Patrick Blöchlinger** (SD) reichte daraufhin ein Postulat ein, um das Golfplatz-Projekt und die **Zweckentfremdung von Landwirtschaftsboden im allgemeinen zu stoppen**. Es gelang den Schweizer Demokraten, die Dringlicherklärung des Postulats durchzusetzen, worauf es innert 14 Tagen zur Debatte im Gemeinderat kam. Patrick Blöchlinger führte dabei u.a. folgendes aus:

«Wegen des enormen Bevölkerungswachstums einerseits und der ebenfalls stark gewachsenen Ansprüche bezüglich der Siedlungsfläche pro Person wird in unserem Land seit Jahrzehnten **jede Sekunde mindestens ein Quadratmeter fruchtbarer Boden unwiederbringlich zerstört!** Das Kulturland, welches uns noch verblieben ist, muss viel zu intensiv bewirtschaftet werden. Wo früher viele Bäume und Hecken standen, ist heute alles «leergeräumt». Aus natürlichen Bächen sind begradigte Wasserabfuhrkanäle geworden, wo man diese nicht in Röhren verlohrt hat, weil sie für die zur Agro-Industrie gewordene Landwirtschaft lästige Hindernisse sind. Der Boden muss viel zu stark gedüngt werden, damit er noch mehr Ertrag abwirft. Das alles hat dem natürlichen Ökosystem mit seiner einstigen Artenvielfalt einen grossen Schaden zugefügt, der nicht mit einem «Biotöpl» hier und einem «Biotöpli» dort

korrigiert werden kann. Trotz des zu Lasten von Natur und Landschaft stark gesteigerten Ertrags pro Flächeneinheit ist **jetzt schon viel zu wenig Kulturland da, um die viel zu gross gewordene Bevölkerung zu ernähren**. Das ist für unsere Zukunft sehr gefährlich, weil weltweit die Überbevölkerung immer schlimmer und die Ressourcen – auch die Energie für Transporte über weite Strecken – immer knapper werden. Da ist es naiv zu glauben, wir könnten auch längerfristig das Nahrungsmitteldefizit der überbevölkerten Schweiz einfach mit Importen ausgleichen. In dieser Situation ist jede weitere Verminderung der Kulturlandfläche eine Schandzuzufügung an unsere Nachkommen.

Golfplätze sind diesbezüglich nicht ganz so schlimm wie Überbauungen. Im Notfall könnten sie zu einem grossen Teil innert nützlicher Frist wieder landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Es gibt aber auch bei Golfplätzen starke Eingriffe in die Landschaft und grosse Bodenflächen, die irreversibel zerstört werden, z.B. für die dazugehörenden Gebäude und für riesige Parkplätze, die während der meisten Zeit leer stehen. Im Übrigen ist es in einem kleinen und viel zu dicht besiedelten Land, wie der Schweiz, rücksichtslos und asozial, wenn ein paar wenige für ihr Hobby so grosse Flächen tiefgreifend umgestalten und exklusiv für sich beanspruchen. Im Gegensatz zum Landwirtschaftsgebiet, wo es ein dichtes Netz von öffentlichen Wegen gibt, bilden Golfplätze für Wanderer grossräumige Hindernisse – solche Sperrgebiete darf es in einem freien, demokratischen Land nicht geben. ...

... **Nach 35 Jahren Raumplanungsgesetz** ist festzustellen, dass der Versuch, die Verbetonierung der Landschaft und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aufzuhalten, **völlig gescheitert** ist – wenn er denn überhaupt jemals ernst gemeint war! Die heutige Raumplanung hat es nicht einmal geschafft, diese verheerende und



Die SD will die Zweckentfremdung von Landwirtschaftsboden verhindern.

irreparable Fehlentwicklung zu verlangsamen. Sie ist bestenfalls noch **eine bürokratische Etappierung der Landschaftszerstörung**. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Kurzsichtige Habgier verführt viele Menschen dazu, am Ast zu sägen, auf dem sie selber sitzen, in der Hoffnung, er breche erst ab, wenn spätere Generationen darauf sitzen. In der Politik ist auf allen Ebenen der Einfluss des Geldes viel zu gross. **Ein hauptsächliches Übel liegt darin, dass das Raumplanungsgesetz keinen zentralen Steuerungsmechanismus kennt, der die dauernde Ausdehnung der Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsflächen stoppen kann**. Die Raumplanung bleibt weitgehend den Dorfpolitikern überlassen, und diese hängen noch immer zum grössten Teil dem Irrglauben nach, ihrem Dorf gehe es um so besser, je grösser es werde. Ausserdem gehören viele von ihnen auch zu denjenigen, die sich an der Landschaftszerstörung eine goldene Nase verdienen, von Grossbauern mit eingezontem Land bis zu Architekten und Baumeistern. Das Volk ködert man mit dem Argument, dass die irrwitzige Bauerei Arbeitsplätze schafft. Das stimmt sogar, aber die-

se können nur mit noch mehr Zuwanderung überhaupt besetzt werden, und die Zuwanderung zwingt dazu, noch mehr Land zu verbetonieren. Es entsteht ein **verheerender Teufelskreis**. Am Ende ist alles überbaut, haben ein paar Wenige massiv profitiert und darf die Allgemeinheit die ganze Infrastruktur bezahlen und unterhalten.

Die Haltung des Stadtrates, sich bei der Verwendung von städtischem Land den angeblichen Bedürfnissen der jeweiligen Standortgemeinde unterzuordnen, ist darum völlig falsch. **Es ist heutzutage geradezu eine eidgenössische Pflicht, dem langfristigen Gesamtinteresse den Vorrang einzuräumen, dass Bodenverschleiss und Landschaftszerstörung endlich aufhören**. Wir Schweizer Demokraten danken Ihnen für die Unterstützung unseres Postulats.»

Und es geschehen mitunter doch noch Wunder. **Mit 70 (Linke, Grüne, CVP/EVP und SD) gegen 44 Stimmen (FDP und SVP) wurde das Postulat gutgeheissen**. Die Sozialdemokraten und die Grünen (!) hielten es allerdings für nötig, sich ausdrücklich von unserer Argumentation betreffend die Erhaltung des Landwirtschaftsbodens als nationale Ernährungsbasis zu distanzieren. Sie erklärten, dass die Schweiz überhaupt nicht überbevölkert sei, sondern im Gegenteil noch sehr viel freier Platz vorhanden sei. Ob sie diesen Unsinn wohl wirklich glauben? Und die SVP bewies einmal mehr, dass es ihr, der einstigen Bauernpartei, im Zweifelsfall wichtiger ist, aus jedem Stück Land maximalen privaten Profit zu schlagen, als den Boden für die Landwirtschaft und damit zur Sicherung einer minimalen Ernährungs-Souveränität zu erhalten. Nun ist zu hoffen, dass sich der Stadtrat dem klaren Willen des Parlaments beugt, das städtische Land im Herrenberg an Bauern verpachtet und damit den Golfplatz verhindert.

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



**Kanton Aargau****SD im Aargauer Grossen Rat aktiv!**

Rückblick auf das erste Jahr der Legislaturperiode 2009–2013

Vorbemerkung

Bei der Einführung des Wahlsystems «Doppelter Puckelsheim» war von verschiedenen Parteien befürchtet worden, dass dieses Wahlsystem eine Aufspaltung der Parteien im Grossen Rat bewirken würde. Vor allem der Verzicht auf ein Minimal-Quorum hatte sehr viel zu reden gegeben. Man befürchtete, dass viele Klein- und Kleinstparteien im GR Einsitz nehmen und die Verhandlungen unnötig in die Länge ziehen würden, ja dass sie sogar bei heiklen Beschlüssen das «Zünglein an der Waage» bilden könnten. Vor allem die SVP als klar stärkste Partei, war hier federführend bei diesen «Bedenken». Aber auch FDP und CVP waren für ein Quorum. Von den grossen Parteien war (erfreulicherweise) nur die SP auf der Seite der Kleinparteien.

Die Realität ist eine andere.

Im ersten Jahr mit «Kleinparteien» fanden mit Abstand am wenigsten GR-Sitzungen der letzten Jahrzehnte statt.

Aktive Schweizer Demokraten

Die zwei Vertreter der SD im 2009 neu gewählten Grossen Rat (Kantonsrat), René Kunz, Reinach, und Dragan Najman, Baden, haben sich sehr aktiv an den Debatten des Grossen Rates beteiligt. Bei praktisch allen wichtigen Themen haben sich unsere Vertreter zu Wort gemeldet. Hier seien deshalb nur unsere parlamentarischen Vorstösse aufgelistet. **Zeitpunkt: April 2009 bis März 2010.** Die ausführlichen Texte können Sie auf der Internetadresse der SD Aargau herunterladen: www.schweizer-demokraten-ag.ch

Dragan Najman (chronologisch aufgelistet):**Interpellationen**

Datum, Titel und Kurzbeschreibung des Inhalts

5.5.2009 Erneuter Skandal im KSB (Kantonsspital Baden). Fehldiagnose im KSB bei einem Patienten mit Verdacht auf Schweinegrippe; Ausrede des KSB «man habe eine Fax-Meldung falsch verstanden»
5.5.09 Spenden bzw. Schmiergeldzahlungen an politische Parteien oder Politiker im Kt. Aargau. Ausgelöst durch AZ-Bericht über Spenden der UBS an mehrere CVP-

Politiker und bürgerliche Parteien.
9.6.09 Al-Qaida-Zellen im Kt. Aargau.

30.6.09 Zu hohe Nitratwerte im Grundwasser. Ausgelöst wegen der Lockerung des Bodenschutzes durch das Bundesamt für Landwirtschaft; u.a. Frage, ob dies eventuell auf Druck der EU erfolgt ist?
18.8.09 Information der Schule über Vorstrafen von Schülern. Ausgelöst durch die schweren Straftaten der drei Schüler aus Küsnacht/ZH in München. U.a. Bemerkung, dass man in den Medien praktisch nie berichtete, dass es sich bei den dreien um einen Serben und zwei Schweizer «mit Migrationshintergrund» (!) handelt.

10.11.09 Arbeitslose EU-Ausländer. U.a. Fragen, ob arbeitslose EU-Ausländer nach Ablauf der Arbeitslosen-Unterstützung lebenslang von unserer Sozialhilfe leben können oder ob sie in ihre Ursprungsländer oder einen anderen EU-Staat ausgewiesen werden können?

10.11.10 Diskriminierung von Schweizern in den Medien. U.a. Fragen, wieso in der AZ oft von Schweizer Tätern geschrieben wird und oft keine Nationalität genannt wird. Vermutung, dass in diesen Fällen die Täter Ausländer sind. Nur selten liest man, dass der «Schweizer» Täter ein eingebürgerter Ausländer war. Erinnerung an die Aufforderung des Schweizerischen Presserates aus den 1990er-Jahren, die Medien sollten die Nationalität bei ausländischen Tätern nicht erwähnen, um die Ausländer-Feindlichkeit nicht anzuhetzen (!!!)

24.11.09 Diskriminierung von Christen in islamischen Ländern.
9.1.2010 Kosten der Zeitung Mix (Zeitung für und betr. Ausländer). U.a. Fragen, ob die Steuerzahler die Kosten zahlen; sollten nicht die entsprechenden ausländischen Botschaften, Organisationen usw. diese Kosten tragen?

16.3.10 Einkaufspreise des Erdgases entsprechend dessen Heizwert. Frage: Da das Erdgas aus verschiedenen Ländern/Regionen stammt, hat es sicher nicht immer denselben Heizwert; es wäre also logisch, dass auch die Preise verschieden wären.

30.3.10 Laisser-faire bei linken Demos. Ausgangspunkt war die Demo von linken Chaoten, die gegen die Inhaftierung von zwei Brandstiftern, die in Aarau Autos angezündet

hatten; u.a. auch Fragen, wer die Kosten für den Polizeieinsatz der mehreren hundert Polizisten zahlt und warum nicht die festgenommenen – und gleich wieder freigelassenen (!) – Chaoten zahlen sollten?

30.3.10 Erfolgte Kündigung des Abkommens mit Kosovo über in dieses Land überwiesenen Kinderzulagen. U.a. Frage, ob die Missbrauchsquote in Kosovo besonders hoch ist?

Motionen

5.5.09 Ergänzung des Schulgesetzes betr. Verbot bzw. Einschränkung der sogenannten «Elterntaxis».

18.8.09 Einführung der Note «Betragen» ins Schulzeugnis. Das Betragen soll als zählende, eventuell sogar doppelt zählende Note, im Schulzeugnis eingetragen werden. Eine blosser Bemerkung über das Betragen lässt doch die meisten Schüler/-innen völlig kalt. In Italien z.B. werden Schüler mit der Note 5 (bei einem Maximum von 10) nicht in die nächsthöhere Klasse versetzt!

Postulate

9.6.09 Verstärkung der Position des Kt. Aargau innerhalb der Schweiz

10.11.09 Verbesserung der Organisation der Bewährungshilfe. Anlass zu diesem Postulat war der brutale Mord an Lucie Trezzini, wo die Bewährungshilfe krass versagt hatte. Dieses Postulat wurde vom Regierungsrat zur Überweisung empfohlen; diese erfolgte im GR dann auch ohne Diskussion.

René Kunz**Interpellationen**

Titel und Kurzbeschreibung des Inhalts

• Freiwillige Waffenabgabe-Aktion im Kt. Aargau.

• Durchsetzung des Waffentragverbots für Angehörige bestimmter Staaten.

• Aufnahme von Guantánamo-

Häftlingen im Kt. Aargau.

• Zunehmende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen.

• Vermehrte Verantwortung gegenüber den natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Tierwelt

• Natur- und Umweltschutz statt hemmungslosen Wachstums im Zusammenhang mit der Überbevölkerung.

• Gefahr eines Verbots von Kreuzfischen und anderen christlichen Symbolen in Schulzimmern und öffentlichen Räumen im Kt. Aargau.

• Diskussion um Muslime und Integration nach der Volksabstimmung gegen den Bau von Minaretten vom 29.11.2009.

• Griffige Massnahmen gegen den negativen Einfluss der englischen Sprache auf unsere Landessprachen.

Postulate

• Wirtschaftliche Stärkung der mittleren und kleinen Betriebe (KMU) in den Randregionen des Kantons durch vermehrte Arbeitsvergabe der kantonalen Verwaltung.

• Einführung eines «Job-Tickets» für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung, der Justizbehörden und der selbstständigen Staatsanstalten. Wurde vom Regierungsrat zur Überweisung empfohlen und vom Grossen Rat zugestimmt.

• Polizeikontrollen in Asylunterkünften und Wohnsituation von abgewiesenen, renitenten und kriminellen Asylbewerbern im Kt. Aargau.

Motion

• Änderung der kantonalen Steuergesetzgebung mit dem Ziel der Wiedereinführung einer Personalsteuer (sog. Kopfsteuer) zur Vermeidung von «Gratisbürger/-innen»

Antrag

• Auf Direktbeschluss betreffend Einreichung einer Ständesinitiative für ein nationales Burka-Verbot im öffentlichen Raum.

Der aktuelle SD-Vorstoss: Burkini verbieten!

Postulat René Kunz, Reinach, vom 4. Mai 2010 betreffend Benützung von Burkinis beim Schwimmunterricht an Aargauer Schulen

Text:

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Verbot der Benützung sogenannter Burkinis (den ganzen Körper verhüllende Frauenbadekleider) beim Schwimmunterricht an Aargauer Schulen sowie religiös motivierter separater Duschen mit Vorhang in Frei- und Hallenbädern zu prüfen.

nannter Burkinis (den ganzen Körper verhüllende Frauenbadekleider) beim Schwimmunterricht an Aargauer Schulen sowie religiös motivierter separater Duschen mit Vorhang in Frei- und Hallenbädern zu prüfen.

Fortsetzung Seite 8

Burkini verbieten!

Fortsetzung von Seite 7

Begründung:

Mit einem zweiteiligen Schwimmanzug und integrierter Kopfbedeckung ist die Bedingung des Hidshab (islamisch begründete Körperbedeckung für Frauen) verwirklicht. Zweifellos geht man auch davon aus, dass es sich beim Burkini um eine schariakonforme Schwimmbekleidung handelt. Mit der Tolerierung von Burkinis und separaten Duschen mit Vorhang in Badeanstalten müssen sich die sogenannten «Ungläubigen» muslimischen Sonderrechten beugen. Man nimmt also in Kauf, dass das Ziel eines Teils der muslimischen Bevölkerung dann erreicht ist, wenn sich in unserem Land eine

Parallelgesellschaft installiert hat. Wenn wir uns aber von den hiesigen Grundrechten und Wertevorstellungen über kurz oder lang – aus falsch verstandener Toleranz gegenüber Muslimen – verabschieden, werden wir zu Totengräbern der christlich-abendländischen Kultur.

Mancherorts werden Badegäste mit einem Eintrittsverbot belegt, weil sie unter ihrer Badebekleidung (z.B. Shorts u.a.m.) noch andere Unterwäsche tragen. Dies geschieht jeweils mit dem Hinweis, dass aus hygienischen Gründen beim Baden keine unnötigen Textilien getragen werden sollten. Für das Benützen von Burkinis kann dies nicht weniger gelten. Unabhängig von Religion, Rasse und Hautfarbe ist es deshalb notwen-

dig, dass sich Zuwanderer in die Schweiz an heute gültige Badevorschriften halten. Es ist deshalb unabdingbar, dass aus hygienischen Gründen ein richtiger Badeanzug getragen werden muss. Hinzu kommt, dass es sich mit dem Tragen eines Burkini um eine sektiererische Provokation seitens der Muslime handelt, die damit demonstrieren, dass sie sich nicht an die hiesigen Sitten und Gebräuche halten wollen. Das Tragen eines Burkini ist vielmehr ein Affront und hat mit dem



islamischen Glauben absolut nichts zu tun. Im Koran ist ein solcher Badeanzug gar nicht erst vermerkt. Es muss also davon ausgegangen werden, dass mit dem Tragen eines Burkini eher eine politische und aggressive Ideologie geltend gemacht wird.

Der offenbare Missbrauch der Religionsfreiheit ist umso stossender, als es eine solche Freizügigkeit in islamischen Ländern so gut wie gar nicht gibt. Das heisst nichts anderes, als dass nicht wir uns muslimischem Recht anpassen, sondern Musliminnen und Muslime sich mit unserem hiesigen Gesellschaftssystem sowie unserer christlich-abendländischen Leitkultur arrangieren müssen, wenn sie hier leben wollen.

Aargau: Standesinitiative für ein nationales Burka-Verbot im öffentlichen Raum vom Grossen Rat gutgeheissen!

Frauen sind auch Menschen!

Mit nachfolgendem Votum überzeugte SD-Grossrat René Kunz die Mehrheit der Grossratsmitglieder in der Sitzung vom 4. Mai.

Die Burka ist ein weites sackähnliches Gewand, das über den Kopf gezogen wird und die Frau bis zu den Zehenspitzen komplett verhüllt. Beinahe gleich sieht der Nikab aus. Dieser bedeckt das ganze Gesicht und lässt nur einen kleinen Sehschlitz frei. Eine derartige Verschleierung der Frau hat **keine religiöse Bedeutung** und ist im Koran gar nicht vermerkt. **Dies ist vielmehr ein äusserliches Zeichen der Herabsetzung, Unterwerfung und Diskriminierung.** Eine von oben bis unten verhüllte Frau hat fast keine «Freiheitsrechte». Sie kann nicht einmal essen in einem Restaurant! Sie lebt ein Leben lang in einem Gefängnis. Das Tragen der Burka und des Nikab muss als Machtsymbol der Dominanz des Mannes über die Frau angesehen werden. Häufig werden junge Musliminnen und zum Islam konvertierte Schweizerinnen von traditionalistischen Männern radikalisiert. Das Ergebnis dieser Radikalisierung ist dann unter anderem auch die Ganzkörperverschleierung. Diese verschleierte Frauen werden dann bis an ihr Lebensende nach radikal islamischen Verhaltensregeln unterdrückt, gedemütigt und wenn es nicht mehr anders geht, geschlagen. Das Schlagen einer Frau kann auch mit dem «Stüpfen» eines Zahnstochers erfolgen um anzuzeigen: Jetzt geht sie zu weit! Solche gewaltsamen



Handlungen propagiert der Bieler Nicolas Blancho. Der radikale Islamist Blancho hält auch die Steinigung der Frau für richtig! **Für uns muss eines klar sein, dass das Selbstbestimmungsrecht und die Würde der Frau keiner dogmatischen Ideologie wegen geopfert werden darf.**

Wenn die Ganzkörperverschleierung als Mittel der Unterdrückung der Frau angewandt wird, geraten die Frauenrechte in Gefahr. Wollen wir das wirklich? Nein, das wollen wir nicht!

Die Verhüllung des Gesichtes einer Frau bewegt die Schweiz und Europa. Der überwiegende Teil der hiesigen Bevölkerung spricht sich ohne Wenn und Aber für ein Burka-Verbot aus. Bereits bei einer am 19. Oktober 2009 im «Tagesanzeiger» publizierten Internetumfrage – an welcher 1738 Personen teilgenommen haben – stimmten 80

Prozent der Umfrage-Teilnehmer dafür, dass das Tragen eines Ganzkörperverschleiers verboten wird. Im Herbst 2009 hat sich der «Verein der Ex-Muslime» für ein generelles Burka-Verbot ausgesprochen. Seit Dezember 2009 gilt in Grenchen ein Burka-Verbot, wo komplett verhüllte Personen von den Stadtangestellten nicht mehr bedient werden. Meine Forderung für ein nationales Burka-Verbot im öffentlichen Raum ist nicht neu: Gleich lautende Vorstösse wurden kürzlich im Berner Grossen Rat von einem EVP-Grossrat und im Solothurner Kantonsparlament von einem SVP-Kantonsrat eingereicht. Mitunterzeichnet wurde das Solothurner Begehren von Vertretern der CVP, FDP, SP und den Grünen. Der Direktor des Bundesamtes für Migration – Alard du Bois-Reymond – hat sich ebenfalls kritisch zur Burka geäussert. Unter ande-

rem sagte er in einem Interview: **«Das Burka-Tragen verstösst gegen unsere Werte. Es verletzt den Grundwert, dass Mann und Frau gleichwertige Menschen sind.»** Letzte Woche hat sich Belgien, resp. das belgische Parlament, als erstes europäisches Land klar für ein Burka-Verbot im öffentlichen Raum ausgesprochen. Frankreich steht kurz vor der Einführung eines Burka-Verbots und auch in Italien denkt man über ein solches Verbot nach. In einem Artikel in der Zeitung «Sonntag» vom 2. Mai 2010, haben sich die SVP, FDP und CVP für ein nationales Burka-Verbot im öffentlichen Raum ausgesprochen.

Geschätzte Anwesende: Wir leben nicht mehr im Mittelalter, sondern im 21. Jahrhundert. Wir wollen deshalb das Gesicht unseres Gegenüber sehen; wir wollen die Gesichter der Menschen sehen! Ich bitte deshalb, meinem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Danke!

Resultat: 89 Grossratsmitglieder aus den meisten Fraktionen unterstützten diese Standesinitiative. 33 Vertreter von SP und Grünen lehnten diese ab. 5 Parlamentarier enthielten sich der Stimme.

Demnächst wird sich eine grossrätliche Kommission, der auch René Kunz angehören wird, an die Arbeit machen – um den definitiven Text für die Standesinitiative auszuarbeiten. Der Grosse Rat wird hierauf nochmals seine Meinung zu alledem äussern und bei einem Ja geht die Angelegenheit sodann zur Behandlung nach Bern in den National- und Ständerat.

Gut gemacht René Kunz – die Redaktion des Schweizer Demokraten gratuliert zum Erfolg!

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

Dienstleistungen:

Steuererklärung 2009. Kompetenter Fachmann füllt Ihre Steuererklärung bei Ihnen zu Hause (Bern und Umgebung) aus und gibt Ihnen entscheidende Steuertipps. Ab Fr. 40.–.

Telefon 031 941 06 73 oder
E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

Zu vermieten:

4½-Zimmer-Ferienwohnung in Göschenen. Ideal für Wanderfreunde. Reservierungen und Auskünfte unter **E-Mail: jpryter@gmail.com** oder über obenstehende SD-Marktplatz-Adresse telefonisch oder schriftlich.

4½-Zimmer Hausteil zu vermieten im Bezirk Affoltern (ZH). Zu diesem gemütlichen Haus gehören ein grosser Schopf mit Garage und Waschkraum mit V-Zug-Maschinen. Im kleinen Schopf sind Werkzeuge für den grossen Garten mit etlichen Obstbäumchen und Beerensträuchern. **Was fehlt sind SD-Eltern mit 2 bis 3 Kindern.** Auskunft, wo das Haus genau steht, erhalten Sie über die obenstehende SD-Marktplatz-Adresse; dies auch telefonisch oder per E-Mail möglich.

Zu mieten gesucht:

Schweizerin sucht 2 – 3 Zimmer-Wohnung in Zürich und Umgebung. Auch ein Hausteil kommt in Frage. Vermieter melden sich bitte telefonisch oder per E-Mail bei obenstehender SD-Marktplatz-Adresse. Besten Dank!

Zu verkaufen:

Panini Bilder Fussball WM 2010, Südafrika, ganze Box mit 500 Bildern, original verpackt mit 25% Rabatt = Fr. 83.–, inkl. Porto.
Telefon 044 840 33 60 oder E-Mail: wocore@bluewin.ch

Zu verschenken:

Einweg und Mehrweg-SBB/EURO-Holzpaletten.
Abzuholen in Volketswil/ZH.
Telefon 044 946 00 51

Gesucht:

Kaufe von privat altes Spielzeug vor 1970: So etwa Eisenbahnen, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten, Dinky Toys, Teddybären usw. Auch alte Ansichtskarten vor 1950, alte Pfadiabzeichen, Aufnäher etc. von Bulas und Jamborees sowie alte Emailschilder. Region Zürich.
Telefon 079 643 55 64

Gesucht – günstig oder gratis: **Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebildung von Artikeln). Kontaktadresse: SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern. **Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11**
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Stellensuche:

Allrounder, 52, (CH/I), sucht Anstellung. Vielseitig einsetzbar. Prüfe alle Angebote. Evtl. Teilzeit oder temporär. Grossraum Aarau. Danke im Voraus!
Telefon 079 384 48 20

Stellenangebot:

In der Region Bern und Basel suchen wir **Verstärkung im Aussendienst** für den Verkauf von täglich benötigten Verbrauchsartikeln im Gewerbe und in der Industrie. Auch Teilzeit möglich.
Angebote an Postfach 6456, 8050 Zürich

Allerlei – Nuovo:

I Democratici Svizzeri sbarcano in Ticino. Riccardo Valsangiacomo, cp 292, 6834 Morbio Inferiore, ric.valsa@sunrise.ch,
Telefono 076 595 21 53

Reisen/Wandern/Freizeit:

SD-Motorrad- und Cabrio-Club Schweiz. Anmeldung und Infos bei: SD-MCC/Schweiz, z.H. Roland Schöni, Postfach 108, 3806 Bönigen,
Telefon 076 355 90 95 oder E-Mail: r.schoeni@sunrise.ch

Ausstellungshinweis:

Versunkene Welt. Die Pfahlbauer von Kehrsiten
Im Vierwaldstättersee liegen Schätze vergangener Zeiten verborgen. Unterwassergrabungen der letzten Jahre haben Überreste von mehreren steinzeitlichen Dörfern zu Tage gebracht.

Die Unterwasserarchäologie der Stadt Zürich hat nun in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Archäologie Nidwalden eine Ausstellung zu den Pfahlbausiedlungen von Kehrsiten realisiert. Diese Ausstellung präsentiert einmalige Fundstücke und bietet Einblick in einen längst vergangenen Alltag.

Öffnungszeiten
Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr,
Samstag, 10 bis 16.
Die Ausstellung kann bis am 10. Juli besichtigt werden.

Veranstaltungsort:
Baugeschichtliches Archiv
Neumarkt 4, 8001 Zürich
www.baugeschichtlichesarchiv.ch

Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

SD-Facebook-Gruppe


René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann
«Tiere sind keine Ware»


Eidg. Volksinitiative

«Schutz vor Rasern»

Tel. 044 737 48 29


Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **Basel-Stadt:** GV am 25. Mai in neuem Lokal (nicht mehr im «Münchnerhof», da dort der Saal zum «Fumeoir» umfunktioniert wurde). Neue Örtlichkeit im Kleinbasel und Zeitpunkt bitte der persönlichen Einladung entnehmen oder Tel. 061 262 03 04. Es werden auch die Parolen zur kantonalen Abstimmung über die «Parkraumbewirtschaftung» beschlossen.


 **Bezirk Baden und Umgebung:** Stamm im Hotel «Winkel-


ried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.


Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.

 **SD Stadt Bern:** Höck im Rest. «Bahnhof Süd» in Bümpliz-Süd (Restaurant ist unmittelbar beim Bahnhof). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Luzern-Innerschweiz:** Stamm im Rest. «Listrig» in Emmenbrücke. Jeden 2. Montag im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Winterthur und Umgebung:** Höck im Rest. «Blume», Wülfingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später).

 **Kantonalsektion St. Gallen:** Stamm im Schiesskeller, Wehrstr. 6 in St. Gallen/ Winkeln, Sonntag, 30. Mai, ab 19.30 Uhr.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. und 3. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr im Rest. «Rütli», Gerberstr. 2 in Liestal. Wir sind alles Junge!

jsd-ostschweiz.ch: Stammtisch, fast jeden Donnerstag (siehe www.jsd.ostschweiz.ch oder 079 836 90 87) im Rest. «Löwen» in Tobel (TG), ab 20.00 Uhr.



Kanton Zürich



Stadt Zürich

Zwei Gemeinderatssitze für die Schweizer Demokraten

Kurz vor den Stadtzürcher Wahlen vom 7. März 2010 wurde in der Presse eine Umfrage veröffentlicht, wonach unsere Partei haushoch verlieren und von der parlamentarischen Bildfläche verschwinden sollte. Daraus ist nichts geworden! Im neuen Zürcher Stadtparlament sitzen weiterhin auch wir Schweizer Demokraten. Gewählt wurden im Kreis 9 **Ueli Brassler (bisher)**



und im Kreis 11 **Patrick Blöchliger (bisher)**. Herzliche Gratulation!

Betrachtet man allerdings die enorme Arbeit, welche unsere Gemeinderäte in den letzten vier Jahren geleistet haben, so hätte mehr drinliegen müssen. **1568 SD-Wählerinnen und SD-Wähler** sind gewiss eine stolze Zahl. Das Wahlergebnis stimmt aber nachdenklich, wenn man weiss, dass es in Zürich gut 1000 Mitglieder und Sympathisanten der SD gibt. Wenn diese mit ihren Familien geschlossen zur Urne gehen und die Schweizer Demokraten wählen würden, müsste allein das schon mehr als 1568 SD-Listen geben! Wer nicht wählen geht oder gar für andere Parteien stimmt, braucht sich nicht zu wundern, wenn nachher im Parlament auch keine patriotische Politik gemacht wird. Mit ein paar Dutzend SD-Listen mehr hätten wir unseren dritten Sitz im Kreis 12 retten können, auf dem unser Parteipräsident **Christian Wenger** während vier Jahren hervorragend für die Heimat gekämpft hat. Ihm gebührt für diesen Einsatz grosser Dank und vor allem auch das Ziel, dass wir Schweizer Demokraten noch viel mehr zusammenstehen und das verlorene Mandat in vier Jahren wieder erkämpfen!

Ein achtbares Resultat schaffte mit **4673 Stimmen (5,7 %)** unser Stadtratskandidat **Walter Wobmann**. Leider reichte es auch ihm im Kreis 3 nicht für den wohlverdienten Einzug in den Gemeinderat.

Klare Politik für Schweizer Normalbürger

Andere Parteien machen auf «schweizerisch», sind aber im politischen Alltag vor allem darauf aus, zum Nachteil von Arbeitnehmern und Mietern, die «oberen Zehntausend» noch reicher zu machen. Wir Schweizer Demokraten richten uns immer ganz auf das Ziel aus, die Schweiz auf unbegrenzte Zeit als freie und eigenständige Heimat der Schweizerinnen und Schweizer zu erhalten. Darum bleibt unsere Politik

national, umweltbewusst und sozial!

«National» bedeutet, die Freiheit der Eidgenossenschaft hochzuhalten und zu verhindern, dass es in Zukunft zwar noch ein Land namens «Schweiz» gibt, dieses aber statt von Schweizern von einem babylonischen Gemisch fremder Völker und Rassen bevölkert wird. «National» bedeutet auch, dass sich die Wirtschaft der Politik unterzuordnen hat. Es darf nicht länger sein, dass habgierige Manager und «Investoren» unser Land mit Ausländern überfüllen, um noch mehr Profite zu machen. Denn unser kleines Land ist jetzt schon heillos überbevölkert, und die Überbevölkerung verschlechtert unsere Lebensqualität. Sie führt zu Dichtstress und Aggressionen, d.h. zu

mehr psychischen Erkrankungen und zu mehr Kriminalität!

Natur und Landschaft schützen

Damit auch künftige Generationen von Schweizerinnen und Schweizern in ihrer Heimat gut leben können, ist es nötig, die Natur und die Landschaft (bzw. was davon noch übrig ist) umfassend zu schützen. Diese bilden unsere eigentliche Lebensgrundlage. Diese reicht schon jetzt bei Weitem nicht mehr aus, um die einwanderungsbedingt viel zu stark angewachsene Bevölkerung auch nur mit Nahrung zu versorgen. Jede weitere Überbauung landwirtschaftlich nutzbaren Bodens ist ein Verbrechen an unseren Nachkommen! Mit dem Verlust der Fähigkeit, uns aus eigener Kraft zu ernähren, sind wir auch erpressbar geworden. Nicht zuletzt deswegen können EU-Bürokraten, deutsche und amerikanische Politiker, uns gegenüber so unverschämt auftreten. Die relativ niedrige Geburtenrate der Schweizer wäre eine Chance, die Bevölkerungszahl langsam auf ein vernünftiges Mass zurückzuführen und zu versuchen, einen Teil des verbetonierten Bodens zu renaturieren. Doch dazu muss erst einmal die Einwanderung gestoppt werden!

Starker Sozialstaat für Schweizer!

Damit unser kleines Land nach aussen bestehen und seine Freiheit bewahren kann, müssen wir Eidgenossen zusammenstehen. Doch diese nationale Solidarität kommt nur zustande, wenn wir untereinander auch eine starke soziale Solidarität pflegen. Die Schwächeren unter uns verdienen unsere Unterstützung. Sie sollen deswegen kein

schlechtes Gewissen haben müssen und brauchen es sich nicht gefallen lassen, von Pseudo-Patrioten als Schmarotzer hingestellt zu werden, wie das heutzutage üblich ist. Und ganz allgemein dürfen die sozialen Unterschiede nicht allzu gross werden – es soll nicht länger erlaubt sein, dass ein Manager 50-mal so viel verdient wie ein Arbeiter, denn bei aller Tüchtigkeit kann dieser niemals so viel mehr leisten als der einfache Arbeitnehmer. Gegen solche Abzockerei zu kämpfen, das ist wirklich schweizerische Politik!

Christoph Spiess, Pressebeauftragter SD Zürich-Stadt

Zürich Land:

Werner Kessler und Marcel Stutz glanzvoll wiedergewählt



Werner Kessler Uster *Marcel Stutz Winterthur*

Als «**Panaschierkönig**» (am meisten Fremdstimmen aller Gewählten) wurde Werner Kessler mit glanzvollen 1210 Stimmen in Uster und Marcel Stutz mit 869 Stimmen in Winterthur wiedergewählt. Die SD-Parteileitung dankt allen SD-Kandidatinnen und -Kandidaten für die geleisteten Dienste und gratuliert allen Gewählten zur Wahl in das anspruchsvolle Amt.



Kanton Basel-Stadt



Zwei 1.-Mai-Anlässe mit unterschiedlicher Polizeistrategie!

Wie jedes Jahr versammeln sich am 1. Mai in den grossen Städten der Schweiz die Gewerkschafter in friedlicher Absicht und leider auch immer mehr linksradikale Chaoten um «anderswie» zu demonstrieren. So auch dieses Jahr wieder in Basel.

Seit einigen Jahren findet am 1. Mai in der Region Basel auch der «Harassenlauf» statt. Die ungefähr 2000 bis 3000 meist Jugendlichen bestreiten einen Fussmarsch vom Schwimmbad Reinach (BL) nach Münchenstein in die Parkanlage Grün 80. Auf dem Weg dorthin hat

jeweils eine Läufergruppe die Aufgabe, eine Harasse, voll mit Bierflaschen, leer zu trinken. Die Gewinner dürfen dann das Pfand aller ins Ziel gebrachten Harassen-Inhalte einstecken!

Natürlich gab es bei diesem «Volkslauf» immer wieder Unerfreuliches festzustellen, wie Glascherben, eine von Urin und Erbrochenem verschmutzte Allmend und zahlreiche stark alkoholisierte Teilnehmer/innen. Es gab auch schon Messer-Stechereien! Dieses Jahr wurde der «Harassenlauf» nun behördlich verboten. Es betei-

ligten sich deshalb auch nur noch etwa dreihundert Jugendliche am «Harassenlauf». Durchgesetzt wurde dieses Verbot mittels einem Polizeiaufgebot von 420 Polizisten (!) und sogar einem Armeehelikopter (Super Puma), der den ganzen Tag über der Region kreiste. **Dieser Einsatz kostete den Steuerzahler rund eine halbe Million Franken.** Man kann über die Verhältnismässigkeit dieses Einsatzes verschiedener Meinung sein. Der hier Schreibende hat zum Teil Verständnis für dieses rigorose Aufgebot, aber...

Es ist nicht dasselbe, wenn zwei Gleiches tun!

Grosses Kopfschütteln erzeugte aber am selben Tag die Tatsache, dass es die linksextremen Chaoten wieder einmal mehr geschafft hatten, unbehelligt durch die gesamte Basler Innenstadt zu marschieren

und einen **Sachschaden von gegen 100 000 Franken** anzurichten. Dieser **Saubannerzug** fand sein Ende mit einem Anschlag auf die Polizeiwache Clara – notabene noch der einzig verbliebene Polizeiposten im gesamten Kleinbasel! Es ist sehr fragwürdig, wieso immer wieder linksextreme Gruppierungen bei sogenannten «Demos» unbehelligt körperliche Gewalt anwenden und Sachbeschädigungen verursachen dürfen? Wann wird endlich diesen Linksrädikalen der Garaus gemacht? Wo war die Polizei?

Wie lange will man noch diese sogenannte «3D-Strategie» weiterführen? Wiederum hiess es bei den Polizeiverantwortlichen (sicher nicht aber bei der Mannschaft!): Dialog, Deeskalation, Durchgreifen. **Der freisinnige Polizeidirektor Hanspeter Gass und sein verantwortlicher Kommandant, Oberst Gerhard Lips (früher im «ruhigen» Zürich tätig!), haben offensichtlich immer noch nicht erkannt, dass die Basler Bevölkerung endgültig die Schnauze voll hat von solchen «Anlässen»!**
Patrik Cattin, Basel

man das nicht – es ist nur so halb-offiziell. Was macht man da? – Man schlägt vor, 42 Schulklassen aufzulösen und die Kinder dieser Klassen in andere Klassen einzugliedern – ein halbes Jahr nachdem der Landrat zur Hebung des Bildungsniveaus mehrheitlich kleinere Schulklassen verlangt hat. Manche Kinder könnten nicht mehr in ihrer Wohngemeinde in die Schule. Daraufhin gab es Protest. Der kommunikativ überforderte SP-Regierungsrat Urs Wüthrich nahm diese Klassenauflösungs-Forderung wieder zurück. Dies nach dem Motto, er habe das nicht so gemeint! Man könne ja Schullager ausfallen lassen und die Lehrkräfte sollten selber hirnieren, wo gespart werden könnte. Chaos und Konzeptlosigkeit pur! Sie haben offenbar nicht genug Geld für die Schule, für unsere Jugend und deren Zukunft. **Für das elitär-abgehobene Basler Stadttheater sollen die zusätzlichen Steuermillionen aber in immer grösseren Beträgen fließen. Innert 4 Jahren sollen 17 Millionen Franken mehr ans Theater bezahlt werden** – dazu kommen die bisherigen 16 Millionen Franken! Nicht schlecht – da lässt's sich bequem Theaterdirektor sein. Solche Übungen gehen auf Kosten unserer Kinder. Zudem wollen viele Landräte bei dieser schiefen Finanzlage auch noch die Infrastruktur des Landrates ausbauen. Was für eine Frechheit gegenüber den Steuerzahlenden! Offensichtlich sind die Politiker der alten, verfilzten und verkrusteten Regierungsparteien FDP, SP, CVP und SVP nicht in der Lage, die anstehenden Probleme vernünftig anzugehen. **Wie gut, dass im März 2011 kantonale Wahlen sind. Machen Sie auch mit?**

So stimmt John Stämpfli im Jahr 2010 im Landrat (ausgesuchte Themen):
– Ja zur Motion «Konsequente Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen»
– Nein zu 28 Einbürgerungsgesuchen ausländischer Staatsangehöriger
– Ja zur «Gesetzesänderung: Änderung von Paragraph 10 im Baselbieter Bürgerrechtsgesetz: Einbürgerung nur noch bei gesicherter Existenzgrundlage ermöglichen!»
– Ja zum Vorstoss «gegen Drogen an Schulen; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage»
– Nicht eintreten auf den «Bericht der Spezialkommission Parlament und Verwaltung an den Landrat zum Verfahrenspostulat 2008/039 der CVP/EVP-Fraktion: für die Einleitung einer Parlamentsreform»

Erfolgreiches Jugendparlament für die JSD

Am Samstag, 20. März 2010, erlebten die Jungen Schweizer Demokraten eine sehr erfolgreiche Jugendparlamentssitzung im Landratssaal in Liestal. Ihr Antrag zur Förderung der Offenen Jugendarbeit im Kanton Basel-Landschaft wurde von den verschiedenen Fraktionen klar angenommen. Dieser beinhaltet die Förderung von alkoholfreien Jugendräumen und -treffpunkten sowie eine finanzielle Unterstützung durch den Kanton für Gemeinden, welche einen derartigen Raum oder Treffpunkt unterhalten. Auch die Anträge von den JFBL und der GLP zu den Themen Mobbing und Steuern wurden konstruktiv und in einem angenehmen Diskussionsklima behandelt und dem Regierungsrat (an der

Sitzung durch Frau Sabine Pegoraro vertreten) übergeben. Das Jugendparlament bietet für Jugendliche und Jungparteien eine optimale Plattform und ermöglicht einen produktiven Austausch unter den verschiedenen Parteien. Die JSD bedauern, dass die JUSO und das Junge Grüne Bündnis auch dieses Jahr der Sitzung fernblieben. Sie erachten es als sehr wichtig, dass das gesamte politische Spektrum im Jugendparlament vertreten ist und Ideen aus den unterschiedlichsten Lagern Eingang in die Diskussionen finden. **Die JSD fordern daher alle Jungparteien auf, diese grossartige Chance wahrzunehmen und für die Anliegen ihrer Mitglieder an der nächsten Jugendparlamentssitzung einzustehen!**

SD Baselland kandidiert für die Landratswahlen 2011

Seit bald 3 Jahren amtiert der Münchensteiner John Stämpfli als **SD-Landrat**. Er braucht dringend Verstärkung! Wir müssen dafür sorgen, dass er in der neuen Legislaturperiode – zusammen mit weiteren neuen SD-Vertreterinnen und -Vertretern – frischen Wind in den Landrat bringen kann. Unser Kanton hat eine starke SD-Abordnung im Parlament nötig! **Wie gut, dass im März 2011 kantonale Wahlen sind. Sind Sie auch dabei? Melden Sie sich und unterstützen Sie unsere Sache beherzt!**

Ich melde mich als Kandidatin oder als Kandidat:

Name:

Vorname:

Beruf:

Jahrgang:

Adresse:

Ort:

Datum/Unterschrift:

Unsere Kontaktpersonen:
John Stämpfli, Gruthweg 22b, 4142 Münchenstein, Telefon 061 411 20 83, j-b.staempfli@bluewin.ch

Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, Telefon 061 901 13 71, rudolf.keller@bluewin.ch



Was ist los im Baselbiet?



Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD, Frenkendorf

Die Schule brennt und aus dem Theater steigt Rauch auf – so etwa könnte man die Probleme bildlich umschreiben. Offensichtlich haben da einige Politiker ihren Laden nicht mehr im Griff.

Im Bildungsbereich konnte es dem SP-Erziehungsdirektor Urs Wüthrich nicht genug an Reformen sein: Harmos, Förderung der Schulintegration, Frühfranzösisch

und vieles mehr – überall sollte das Baselbiet reformerisch führend sein. Viele Neuerungen sollten in kurzer Zeit durchgeboxt werden, obwohl die Schule erst vor kurzer Zeit mit einem neuen Bildungsgesetz völlig auf den Kopf gestellt wurde. An die Finanzierbarkeit dachte der Herr Regierungsrat und seine Regierungs-Kollegin sowie -Kollegen offensichtlich kaum. Weil aber unser Kanton Baselland zunehmend mehr in die Schuldenfalle läuft, muss gespart werden. **Satte 56 Millionen Franken beträgt das Defizit der Staatsrechnung 2009.** Da liegt es auf der Hand; 14 Millionen Franken weniger Aufwand in der Schule, das war oder ist die Idee oder Vorgabe des FDP/CVP/SP/SVP-Gesamtregierungsrates. So ganz genau weiss

John Stämpfli im Baselbieter Landrat:

Parlamentarische Vorstösse:

2009-060 vom 12. März 2009 Motion von John Stämpfli, SD: Effizienzsteigerung bei der Kantonspolizei Basel-Landschaft
2009-059 vom 12. März 2009 Motion von John Stämpfli, SD: Wie habe ich mich als Gast in meinem Gastland zu benehmen
2008-119 vom 8. Mai 2008 Motion von John Stämpfli, SD: EURO 08 Parlamentarier-Tickets an gemeinnützige Organisationen
2007-199 vom 6. September 2007 Motion von John Stämpfli, SD: «Wild- und Langzeitwuchs» bei Plakaten begrenzen

JSD -Standpunkt

Erfolgreiche JSD-Standaktion in Liestal

Gesammelt wurden unter anderem Unterschriften für die Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Trotz mehrheitlich trübem und teils regnerischem Wetter konnten immer-



hin 150 Unterschriften für die Initiative und knapp 40 für die Aargauer SD-Petition «Tiere sind kei-



ne Ware» gesammelt werden. Vor allem unsere Werbegeschenke (Basler Lächerli und JSD-Feuerzeuge) gingen weg wie «warme Weggli», aber auch bei den Flugblättern und SD-Zeitungen wurde kräftig zugegriffen.

Marco Schällmann,
JSD-Präsident Nordwestschweiz

«Derart hohe Boni sind in keiner Weise gerechtfertigt!»

Interview mit Marco Schällmann, Präsident der Jungen Schweizer Demokraten NWS, in der Zeitung «F My School». Dies realisiert von einer Gymnasialklasse in Liestal.



Was sind in Kürze Ihre politischen Ziele?

Das oberste Ziel ist es, die Natur vor weiterer Umweltverschmutzung und «Verbetonierung» möglichst nachhaltig zu schützen. Unmittelbar damit verbunden ist die Förderung von erneuerbaren Energien und Verhinderung einer übermässigen Einwanderung. Weiter gilt es die weniger Vermögenden durch höhere Kinderzulagen, ausreichende Renten und ein funktionierendes Sozialsystem zu stützen. Kinder dürfen nicht mehr zur Armutsfalle werden und gegen die Erwerbsarmut («working poor») muss mit allen Mitteln vorgegangen werden. Für die Erhaltung unserer Sozialwerke muss den Missbräuchen und den enormen Zahlungen an IV-Bezüger im Ausland Einhalt geboten werden. Ein Beitritt zur undemokratischen EU darf auf keinen Fall zustande kommen. Wir dürfen unsere direktdemokratischen Rechte nicht zugunsten eines bröckelnden EU-Systems aufgeben!

Was halten Sie vom kapitalistischen Staat?

Wenn mit Kapitalismus die freie Marktwirtschaft gemeint ist, ist dieser mit Masshalten zu «zügeln»: Fusionen und Aufkäufe von und durch Grosskonzerne müssen, wenn nicht zwingend nötig, unterbunden werden. Zu fördern ist eine Marktwirtschaft von Klein- und Mittleren Unternehmen, welche ideale Arbeitsbedingungen für die Schweizer Arbeitnehmer bieten. Wasser und Stromversorgung sowie die Post sind hauptsächlich vom Staat zu verwalten. Ausserstaatliche Monopole und Kartelle sind abzuschaffen. Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und nicht das Volk der Wirtschaft!

Finden Sie die Boni, welche beispielsweise UBS-Chefs erhalten gerecht?

So hohe Boni sind meiner Meinung nach in keiner Weise gerechtfertigt. Es ist paradox, wenn man sieht, in welchem Zustand sich unsere Sozialwerke befinden und gleichzeitig werden solch hohe Boni und Löhne an Einzelpersonen ausbezahlt. Auch sollen Manager, welche volkswirtschaftliche Schäden verursacht haben, finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

Wie stehen Sie dazu, dass wohlhabende Bürger mit Steuergeschenken beglückt werden und Normalverdienende mehr Steuern bezahlen müssen?

Ich kann durchaus verstehen, dass man aus diversen Gründen durch

Steuervergünstigungen wohlhabendere Personen anlocken will, allerdings muss auch im Steuerwesen die Gerechtigkeit gewahrt bleiben.

Was halten Sie von AKWs?

Das Problem mit der örtlichen Bestimmung eines Endlagers und der gefährlichen Radioaktivität sind nicht die einzigen Bedenken, die man im Zusammenhang mit Atomkraftwerken haben muss. AKWs sind nicht CO₂-neutral! Bei der Anreicherung von Uran und bei der Endlagerung werden grössere Mengen an CO₂ freigesetzt. Dazu kommt, dass Uran nicht unerschöpflich ist. Die Atomkraft gehört wie auch Erdöl zu den erschöpflichen Energien. Aus diesen Gründen ist ein mittelfristiger Ausstieg aus der Atomenergie anzustreben.

Wie stehen Sie zum Umweltschutz?

Wie bereits erwähnt, ist der Umweltschutz der wichtigste Programmpunkt für mich und auch für die JSD. Als patriotische Partei ist es unsere Pflicht, die Heimat zu schützen und Heimatschutz kann man nur durch einen konsequenten Umweltschutz gewährleisten. Bereits habe ich auch schon im Aargauer Grossen Rat, über unse-

ren SD-Grossrat René Kunz, einen Vorstoss eingereicht, um dem Umweltschutz zu mehr Gewicht zu verhelfen. Auch bin ich Mitglied bei Greenpeace und Solarspar, welche sich beide für den Umweltschutz und erneuerbare Energien im In- und Ausland einsetzen.

Was halten Sie von der SVP?

Ich glaube nicht, dass sich die SVP mit ihrem Spagat zwischen Kapitalismus und Scheinpatriotismus noch lange so halten kann. Mit blossen Populismus versuchen sie die Wähler für ihre wirtschaftlichen und eigennützigen Zwecke zu gewinnen. Die Partei ist abhängig von ihren grossen Geldgebern und ich bezweifle, dass man in dieser Weise ernsthaft für Volk und Heimat politisieren kann. Von ihrem politischen Zickzack-Kurs ganz zu schweigen. Natürlich gibt es noch andere ehrliche Strömungen innerhalb dieser Partei. Doch im Grossen und Ganzen ist das der Eindruck, welcher die SVP auf mich macht.

Wenn Sie etwas an unserem Staat ändern könnten, was wäre das?

Dass bei allen Entscheidungen immer das Wohl des Volkes ausschlaggebend ist und nicht die Interessen der Wirtschaft und Mächtigen!



Kanton Thurgau



Muslime zeigen ihr wahres Gesicht!

In unserem Lande liegen auf den Friedhöfen Christen und Atheisten nebeneinander. Alle haben die gleiche Grabesbreite und nach 20 bis 30 Jahren werden die Grabsteine entfernt und die Grabfelder für andere Verstorbene bereit gemacht. So hat meistens jede Kirche ihren Friedhof und der wird oft seit Jahrhunderten benützt und reicht völlig aus. Am 14. und 15. März 2010 war die Meldung in allen Medien: «Schweizer Muslime fordern, dass ihre Verstorbenen in jedem Kanton in Würde und nach islamischen Regeln bestattet werden können.»

Dies bestätigte Farhad Afshar, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (KIOS)! Es soll in jedem Kanton ein islamischer Friedhof entstehen. «Wenn man uns eigene Grabfelder verweigert, verstösst das gegen die Religionsfreiheit.»

Einmal mehr wird dem Bürger nicht gesagt, was diese Forderung in Tat und Wahrheit zur Folge hat. Genau da aber liegt der Beweis, dass sich Muslime niemals integrieren wollen und gemäss Koran auch nicht integrieren können.

Muslime dürfen niemals neben «Ungläubigen» (alle Nicht-Muslime!) begraben werden. Ihre Gräber müssen zudem ewig bestehen, d.h. es müssen immer neue Grabfelder bereitgestellt werden. Es gibt kein Abräumen von muslimischen Gräbern und keine Neubelegung nach 30 Jahren, wie bei Christen und anderen Gläubigen. Zudem müssen alle Gräber nach Mekka ausgerichtet und breiter sein, als unsere Normgräber! Von grösster Wichtigkeit ist die «reine Erde», das heisst, kein Moslem darf in von «Ungläubigen» verunreinigter Erde begraben werden. Kreuze dürfen nicht in Sichtweite des muslimischen Friedhofes sein, denn sie sind ein Fluch für jeden Moslem! Kurz und gut, die «Würde der Muslime» erlaubt diesen keine Totenruhe neben Ungläubigen!

Muslime beanspruchen also Sonderrechte und Sonderbehandlungen. Der Hinweis auf die Religionsfreiheit ist eindeutig eine Erpressung! Schade, dass viele Schweizer Bürger vom Koran keine Ahnung haben!

SD Thurgau



Le franc suisse face à l'euro

Depuis que la situation de la Grèce porte ombrage à l'euro, les partisans de l'entrée de la Suisse dans l'Union européenne sont discrets.

Dans la vision de Bruxelles, il faut une monnaie unique pour un marché unique. La Grande-Bretagne et le Danemark ont reçu par le Traité de Maastricht la possibilité de garder leur monnaie. Pour tous les autres pays de l'UE il y a l'obligation de rejoindre l'Euroland. Pour cela ils doivent remplir les critères de Maastricht limitant le déficit budgétaire des membres. Le premier critère, qui est le plus cité, limite le déficit annuel du budget à 3% du produit national brut.

L'euro avait un précédent qui était l'ECU, une monnaie comptable composée par les différentes monnaies des pays membres, l'ECU contenait environ 30% de DM. Il s'agissait de réduire les fluctuations entre les monnaies pour aboutir à une monnaie unique. On a parlé à ce sujet de serpent monétaire. Deux grands pays européens ont dû sortir du serpent monétaire, parce que leur situation économique a creusé un écart tel avec les autres monnaies qu'ils ne pouvaient plus rester dans le système. L'ECU n'a donc pas été un succès. Au lieu de tirer la leçon de cet échec, Bruxelles passe à l'étape suivante la création d'une monnaie unique.

Baisse des prix

Suite à la chute du mur de Berlin, il fallait incrémenter d'une façon irréversible l'Allemagne à l'Ouest. Les allemands n'ont pas renoncé de bon cœur au DM, qui était une monnaie solide. Ils ont exigé des critères sévères, qui ont été repris dans le Traité de Maastricht. On a forcé l'introduction de l'euro sans tenir compte de certaines réalités économiques et sociales des pays concernés. La différence entre les économies, et le manque de rigueur budgétaire de certains membres, étaient trop grands pour une monnaie unique du type de l'Euro. Pour surmonter les réticences des européens face à l'euro, les eurocrates de Bruxelles ont fait mi-roïter qu'avec l'introduction de l'euro, il y aura une baisse des prix.

Malheureusement, c'est le contraire qui arriva, le renchérissement du coût de la vie est d'autant plus fort que l'économie du pays est faible. Des politiciens irresponsables en place dans des pays économiquement faibles ont par différents artifices budgétaires rempli en apparence le premier critère de Maastricht et Bruxelles a accepté sans trop analyser ces manipulations.

PIGS

Dans cet exercice de manipulation les grecs avec l'appui de la finance de New York ont excellé. La question de la Grèce ne serait pas aussi dramatique pour l'euro si c'était un cas unique, mais il y a d'autres pays dans une situation comparable. On utilise pour désigner ces états PIGS (Portugal, Irlande, Grèce et Espagne = Spain) ou PIIGS si l'on ajoute l'Italie.

La Grèce a laissé se creuser l'écart entre la situation réelle du pays avec celle exigée par l'introduction de l'euro. Elle a besoin dans un bref délai de 20 milliards d'euros et dans le court terme encore de 30 milliards. Les emprunts émis par l'Etat Grec sous forme de CDS c'est-à-dire avec la garantie que les conditions liées à l'emprunt seront remplies, coûtent au trésor public plus de 6% d'intérêt annuel. Avec un tel taux la Grèce s'enfoncé. Que peut-elle faire?

L'abandon de souveraineté au profit de Bruxelles ne lui laisse que peu de moyens. Elle ne peut pas introduire le contrôle des changes pour empêcher la fuite des capitaux, elle ne peut pas dévaluer sa monnaie, car elle n'en a plus. Elle ne peut pas restreindre les importations pour soulager sa balance commerciale. Elle ne peut pas recourir à un gouvernement de salut public à caractère autoritaire. Elle ne peut que réduire d'une façon draconienne les dépenses sociales, salariales et d'équipement. Bonjour les dégâts!

Une augmentation trop forte des impôts entraînerait la fuite des capitaux, voire des personnes qualifiées. Et voilà que de nouveau la vieille Europe sombre dans les excès, dans la démesure.



La faiblesse du Dollar

Il n'était pas raisonnable de faire passer l'UE de 12 à 27 membres avec tous les pays de l'Est à l'économie délabrée par 40 ans de communisme, où tout esprit d'initiative a été brimé. Il n'était pas plus sensé d'accepter des pays à l'économie faible et laxistes en matière budgétaire dans l'Euroland.

Malgré la faiblesse du dollar due à une expansion sans précédent de la masse monétaire pour soutenir l'économie, le \$ s'affirme contre toute attente face à l'euro. L'euro a deux défauts majeurs par rapport au dollar. Il n'y a pas derrière l'euro un état puissant et une couverture réelle. Le Traité de Lisbonne n'engendre pas un État européen, c'est un traité qui lie les États entre eux. Pour avoir un État il faut une constitution.

Nonobstant que le Président des Etats-Unis Nixon a suspendu la couverture or du dollar en enfreignant les Accords de Brentwood, il fallait à l'époque 36 \$ pour acheter une once d'or, il en faut aujourd'hui env. 1100 \$, par le soutien des pays arabes pétroliers en particulier de l'Arabie Saoudite le dollar est accepté pour l'achat du pétrole, on a substitué en pratique l'or jaune par l'or noir. Comme les pays ont besoin de pétrole, ils ont besoin de dollars. L'Europe a créé une monnaie fiduciaire sans référence à une valeur réelle, l'or par exemple.

L'affirmation des eurocrates que l'euro protège l'UE contre la dérive du dollar est un leurre.

Le cas de la Grèce met en évidence un défaut structurel et ce n'est pas le filet d'urgence mis en place par l'UE qui va changer la donne. Autrement dit, on ne fait pas une monnaie solide avec des canards boiteux.

Malgré que nos dirigeants ont bradé pour des raisons inavouables notre or à bas prix, 1500 tonnes d'une réserve de 2500 tonnes, le franc suisse se porte mieux que l'euro. Les Démocrates Suisses se sont opposés à la vente de notre or.

Défendons le franc suisse!

Les partisans de l'adhésion à l'UE font preuve d'aveuglement et veulent entraîner la Suisse dans une aventure monétaire et politique. L'adhésion signifie en regard des Traités européens l'abandon du franc suisse et des pans entiers de souveraineté. L'argument qui consiste à dire que la Suisse aurait en tant que membre une influence à Bruxelles est ridicule. Est-ce que la Suisse aurait pu empêcher les États PIGS de rejoindre l'Euroland?

Il n'y a pas dans la classe politique une majorité pour retirer notre demande d'adhésion à l'UE, c'est à nous de la renverser. Voulez-vous que vos économies, votre avoir dans le 2ème pilier, soient des euros? – Certainement non, alors aidez-nous et défendons la Suisse et sa monnaie.

Michel Dupont, vice-président central DS, Pully

DS à Lausanne



Nous informons nos membres, sympathisants et ceux qui s'intéressent à notre action politique, que les Démocrates Suisses tiendront un stand d'information à Lausanne. Le samedi 5 juin 2010 nous serons à la Place de la Palud près de la fontaine, samedi le 22 mai 2010 nous serons à la Rue Haldimand au croisement Rue St-Roch de 9 h à 13 h. Nous attendons votre visite.

Crise de la sécurité à Genève

Le MCG réclame l'intervention de l'armée pour sauvegarder nos frontières la nuit!

Genève est devenue une passoire parce que la frontière est dégarnie, attirant les malfrats internationaux, français notamment! Le Gouvernement cantonal et le Conseil fédéral sont mis en accusation pour leur laxisme. Le MCG réclame la présence de l'Armée à nos frontières, et va déposer une résolution.

Le MCG va déposer une résolution invitant le Conseil d'Etat à requérir auprès du Conseil fédéral l'intervention de l'armée suisse aux postes frontière, pour assurer une présence nocturne de contrôle.

Le gâchis actuel est insupportable. L'administration des douanes a acheté des billets d'avion pour des dizaines de milliers de francs, afin de faire venir des Tessinois à Genève. Des centaines de milliers de francs sont dépensés en nuits d'hôtel pour loger ces renforts.

Les patrouilles ne peuvent plus faire leur travail. Les criminels en profitent pour accourir à Genève et donner un climat d'insécurité insupportable.

Actuellement, sur un effectif de 340 personnes, 150 sont déjà réservés à l'aéroport pour les tâches douanières. Une fois enlevés les diverses fonctions, il ne reste que 60 à 70 personnes pour des patrouilles. Quant à ces patrouilles, avec des Tessinois ou des Suisses alémaniques qui ne parlent pas le fran-



çais ou des personnes ne pouvant remplir la fonction demandée, il est ingérable de protéger nos frontières.

Le pire c'est que 20 jeunes ont été choisis à Genève pour devenir garde-frontière et ils ne sont pas pris. Hans Rudolph Merz abandonne Genève et se fout de la sécurité du bout du lac! Isabel Rochat ne réagit pas et ne gère plus la sécurité des Genevois!

Il est aujourd'hui impossible de défendre les frontières et ce n'est pas un hasard si la criminalité augmente. Les responsables en sont le Conseil fédéral mais aussi le Conseil d'Etat genevois qui font tout pour dégarnir nos frontières.

Si on voulait une catastrophe, on n'agirait pas autrement.

«J'accuse»

Le Conseil fédéral a menti en nous faisant croire qu'il assurait la sécurité et qu'il mettait les effectifs suffisants à disposition.

Le Gouvernement genevois était au courant. François Longchamp, président du Conseil d'Etat, et Isabel Rochat, en charge de la sécurité, connaissaient le problème. Ils n'ont pas réagi, laissant la porte ouverte à tous les malfrats venant de France.

J'accuse le Conseil fédéral et le Conseil d'Etat genevois d'être laxiste en matière de sécurité nationale et d'infliger à Genève le prix de leur incompétence.

Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens Genevois

Le Pileri

Cours de répétition à l'étranger

Voilà une idée qui se veut originale et pratique alors qu'elle pue une sorte de trahison. Il suffit de transposer une telle décision à l'Allemagne qui enverrait ses recrues dans les plaines du Gobi, ou les GI's allant s'entraîner en Amazonie. Bien sûr, ces exemples sont exagérés et probablement inadaptés à pareille situation, mais c'est pour souligner l'incongruité d'une telle suggestion! Seuls quelques esprits dérangés peuvent penser à un tel scénario, ou alors des traîtres ou des vendus à l'OTAN et l'UE. D'ailleurs quel jeune Suisse aux idées claires et tant soit peu patriotique, accepterait d'aller s'entraîner comme les futurs terroristes dans des camps de kamikazes? Le référendum contre une telle absurdité dangereuse est le bienvenu.

Les Amérindiens

Ce peuple chassé, volé, assassiné par des conquistadors ibères et des cow boys eurasiatiques, ou des vikings envahisseurs, s'étirole lentement au fond de réserves minables, arides, et rocheuses, délaissé, oublié et spolié.

Aujourd'hui, combien d'individus dans le monde, pensent-ils aux Indiens croupissant dans leurs réserves lorsqu'ils portent aux nues ou aux gémonies, les actuels citoyens américains? Combien ont-ils pensé à ces peuples disparaissant dans l'alcoolisme et le chômage lorsqu'ils ont acclamé un métais comme président, descendant partiel des esclaves noirs importés de force pour prendre la place des autochtones, au même titre que les envahisseurs? Ce quarante-quatrième président des USA n'a rien d'un cow boy avec revolver à la ceinture, mais a-t-il au fond de son cœur une pensée pour redonner, comme viennent de la faire les Australiens aux bushmen, une entité responsable et respectable de citoyens à part entière?

Ce n'est pas l'histoire qui est faussée, mais l'éthique qui est bafouée et la vérité occultée dans le monde entier, et l'ONU est une parodie.

OCTOPUS

Carton rouge au Conseil d'Etat genevois

La France veut occuper le Stade de Genève

Le «Evian-Thonon-Gaillard FC» nous prépare l'Escalade du Stade de la Praille

C'est avec colère que le Mouvement Citoyens Genevois a appris qu'un club de football savoyard Evian-Thonon-Gaillard FC voulait s'approprier le Stade de Genève, qui a coûté très cher aux contribuables genevois. Le conseiller d'Etat a même déclaré à la «Tribune de Genève»: «Le Conseil d'Etat est favorable à la venue d'Evian Thonon Gaillard FC.»

Cet accord du Gouvernement, glissé en catimini, est inacceptable. Le MCG ne peut tolérer cette invasion sportive de Français, qui vont profiter d'un stade qui a été financé en grande partie par les contribuables. Et symboliquement, après la faillite du Servette FC géré par une société française et son redémarrage difficile, il est tout autant indécent



de laisser notre Cité se délester de son Stade.

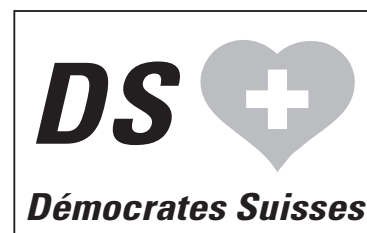
En 1602, les habitants de la Cité ont su se préserver face à l'invasion belliqueuse de nos voisins. En 2010, nous devons veiller à ce qu'une invasion sportive ne se produise pas au Stade de la Praille. En quoi le «FC Evian-Thonon-Gaillard» a-t-il la légitimité pour occuper ce lieu symbolique de Ge-

nève? C'est aussi un aveu d'échec de la part du Gouvernement qui est incapable de gérer une infrastructure sportive de cette ampleur. Ce serait une genevoiserie de plus à mettre sur le tableau de chasse de la nomenclatura qui dirige notre canton en multipliant les bourdes et les erreurs de gestion.

A l'heure où les statistiques présentent un afflux de travailleurs frontaliers, sur le terrain sportif on découvre cette même politique d'abandon, qui nous inquiète.

Le MCG donne un carton rouge au Conseil d'Etat genevois, en souhaitant qu'il se ressaisisse rapidement.

*Eric Stauffer, député et président du MCG
Roger Golay, Député et vice-président du MCG*



Leserbriefe**Echo auf SD 3/4 2010****«Keiner zu klein, Helfer zu sein»**

In den Kriegsjahren gab es ein Heftchen mit dem Titel «Keiner zu klein, Helfer zu sein», welches Kindern und Jugendlichen zeigte, wie sie sich in diesen schlimmen Zeiten mit kleinen hilfreichen Arbeiten nützlich machen könnten.

Diese Jahre gingen vorbei. Es folgte der Aufschwung, mit ihm die Fremdarbeiter, dann die Einwanderer und die Asylbewerber aus aller Welt. Unter ihnen also auch Ricardo Lumengo, der, wie alle andern von Betreuenden und Sozialarbeitern gefördert wurde, anschliessend Einbürgerung. Er durfte sogar «Jus» studieren und wurde als erster schwarzer Nationalrat landesweit bekannt, in allen Zeitungen freundlich kommentiert. Für die SP war dies eine besondere Feier, hatte doch ihre gelobte Arbeit zur Multikultur Früchte getragen!

Wahrscheinlich hatte die Partei zu wenig überprüft, ob ihr Exponent die schweizerische Demokratie auch wirklich verstanden hatte, sowohl im Denken wie im Handeln. Denn obwohl in besonderer Stellung als Eingebürgerter und erster farbiger Nationalrat, nahm er scheinbar den Satz «Keiner zu klein, Helfer zu sein» nicht im richtigen Sinne wahr. Das hat nichts damit zu tun, dass man nicht immer perfekt sein könne, wie er nach dem Eclat meinte. Niemand verlangt Perfektion; nur Rechtschaffenheit. Er jedoch hat – als Jurist – Dutzenden seiner Bekannten mit ausländischen Wurzeln geholfen, die Wahlzettel auszufüllen, zu seinen Gunsten natürlich. Diese Bekannten, wahl- und stimmberech-

tigt, also auch eingebürgert, seien mit den Wahlzetteln überfordert gewesen. Das sind sie dann sicher auch bei Abstimmungen, wobei man ihnen wohl auch mit dem Ja oder Nein am richtigen Ort helfen wird. Da Lumengo in einem interkulturellen Begegnungszentrum arbeitet, findet er genug Leute, denen er hilfreich beistehen kann (es gibt viele solche Zentren in der Schweiz, falls es dort auch Helfer gibt, sind sie immerhin nicht Nationalrat!). Mit solchen Machenschaften kann «Volkes Stimme» leicht etwas einseitig beeinflusst werden. Bleibt die Frage: Wenn man schon grosszügig einbürgern will, hat man da keine Zeit mehr zu kontrollieren, ob sich diese Leute wirklich und grundsätzlich als Bürger dieses Landes bekennen wollen?

Lumengo hat seinen ausserdemokratischen Fehler erst gestanden, als er bekannt wurde, und spricht sogleich von seinem Helferwillen, womit er seine vielen Bekannten mit ausländischen Wurzeln auch als unbedarft und unfähig hinstellt. **Er hätte sich als aufrechter Demokrat noch profilieren können, wenn er sofort zurückgetreten wäre!** Aber er will das Gerichtsurteil abwarten. Sollte er wegen der Wahlfälschung verurteilt werden, trete er zurück. Falls freigesprochen, will er im Nationalrat verbleiben. Fühlt sich dann wohl unschuldig und reingewaschen. Was nützt dieses Lavieren? Er ist scheinbar nicht fähig zu erkennen, dass das Vertrauen trotz allem Reden sehr gelitten hat.

*Evelyn Küffer, St. Gallen***Bilderberger: Mauerfall und deutsche Einheit geplant?**

Helmut Kohl wird ja als Kanzler der Einheit genannt, weil in seiner Amtszeit der Fall der Mauer Realität geworden ist. Nun ist es interessant zu wissen, dass hinter all den offiziellen Darstellungen dieses Jahrhundertgeschehnisses Ziele steckten, die befremdend auf uns wirken müssen. Unter dieser Berücksichtigung war Helmut Kohl nichts anderes als ein willfähriger Vollstrecker der Hochfinanz, um ihre Ziele der neuen Weltordnung weiter voran zu treiben.

Nun zu den Geschehnissen hinter verschlossenen Türen, welche vermutlich zu dem allseitig umjubelten Mauerfall führten. Am 3. bis 5. Juni 1988 fand im österreichischen Telfsbuchen das 36. Bilderberger-Treffen

statt. Auf der Agenda, als eines der acht Hauptthemen war die «Neubeurteilung der deutschen Frage» aufgeführt. Helmut Kohl nahm das erste, wie auch letzte Mal an solch einem Geheimgespräch teil. Eine naheliegende Schlussfolgerung daraus ist, dass die Bilderberger seiner Zeit einen Wandel planten und Kanzler Kohl in ihre Absichten einweihen wollten. Denkbar ist auch, dass er bereits damals die deutsche Wiedervereinigung durch Verzicht auf die DM und Wechsel zum Euro «erkaufte». Bemerkenswert ist doch auf jeden Fall, dass am 9. November des darauffolgenden Jahres 1989 tatsächlich die Mauer fiel und dieser Tag als Wiedervereinigung von Ost- und West-

deutschland in die Geschichte einging. Dies war und ist kein Einzelfall, denn fast stets sind nach solchen geheimen Bilderberger Treffen einschneidende, weltpolitische Ereignisse eingetroffen. Um noch ein Beispiel zu nennen, hat am 53. Bilderberger Treffen, welches im deutschen Rottach-Egern am 5. bis 8. Mai 2005 stattfand, die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel teilgenommen, bereits am 22. November desselben Jahres wurde sie zur ersten deutschen Bundeskanzlerin «gewählt»! Dies sind nur gerade zwei Beispiele und es gibt unzählige mehr. Ich frage mich da schon, wer

da die Fäden in den Händen hält! Vordergründig gesehen sind es die vom Volk gewählten Parlamente. Hintergründig gesehen aber sind es solche elitären Mächtigen-Weltbeherrscher. In Wahrheit ist es der allmächtige Gott, der alles unter Kontrolle hat und das Böse nur gewähren lässt, um uns zu läutern und dahin zu bringen, einzusehen, dass wir ohne ihn verloren sind.

Mit ihm zusammen sind wir nämlich die Herrscher über die dunklen Mächte, angefangen bei uns selber bis hin zur Unterordnung der gewaltigsten Übermächte.

*Martin Bracher, Blauen***Schluss mit dem Asyl-Unsinn!**

Nigeria nimmt neuerdings nur noch abgewiesene Asylbewerber zurück, welche zuvor eine Erklärung unterschrieben haben, dass sie mit ihrer Ausschaffung einverstanden sind. Das tut aber kaum einer. Folglich wird vermehrt illegal in die Schweiz eingereist, der Pass vernichtet, ein Asylantrag gestellt und nach dessen Ablehnung hiergeblieben und wie bisher illegalen Geschäften nachgegangen. Warum also überhaupt ein umständliches und kostspieliges Asylverfahren, wenn afrikanische Staaten ihren Menschenüberschuss ganz einfach exportieren, von den Geldüberweisungen ihrer Bürger aus der Schweiz profitieren und damit durchkommen? Warum wird das Asylwesen per se nicht einmal kritisch überprüft? Es kann doch nicht angehen, dass das Asylwesen (beispielsweise 99,5% der Anträge von Nigerianern werden abgelehnt) als Instrument zur illegalen Einwanderung benutzt wird! Genau das wird

es aber: Denn in den letzten Jahrzehnten hat sich bei uns eine eigentliche Asylindustrie, bestehend aus Mitbürgern, die finanziell vom Asylwesen profitieren, gebildet. Die Skala reicht von Asylanwälten über Asylanwälte, Integrationsbeauftragte, usw. bis zu den Mitgliedern der Asylrekurskommission. Sie und ihre wortgewaltigen, subventionierten Propagandaorganisationen widersetzen sich einer härteren Gangart gegen den Asylmissbrauch unter dem Deckmäntelchen von Humanität und Menschenrechten.

In Tat und Wahrheit geht es um ihr Einkommen, das nur durch einen stetigen Zustrom an Asylanträgen gesichert werden kann. Massnahmen gegen die Missbräuche im Asylwesen sind deshalb ungleich schwieriger durchzusetzen als beispielsweise Vorschriften über Autotüchsen für Kinder bis zu 12 Jahren oder bis 1.50 m Grösse!

*Otto Weiersmüller, Uetikon***Nur das Symptom «Bonus» bekämpfen?**

Das Abzockerproblem liegt tiefer: Einerseits kämpfen die Werte schaffenden Kreise der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie (ausgenommen Privilegierte wie die Pharmaindustrie) und Dienstleistungsunternehmen (durch Preisüberwachung und andere Restriktionen zurückgebunden) mit ihren Arbeitnehmern um das Überleben.

Andererseits verlangen Aktionäre von Teilen der Finanzwirtschaft mittels Anreizen von übermässigen Gehältern und Boni exorbitante Kapitalgewinne von bis 30%, ohne Werte zu schaffen, was durch überhöhte Dienstleistungstarife, durch Zinsen auf in grossen Mengen zur Verfügung stehendem billigen ungedecktem Geld und durch spekulative Investitionen möglich ist und schamlos aus-

genützt wird. Bei der von vielen Fachleuten (angesichts der Riesensummen ungedeckten Kreditgeldes) vorausgesagten Währungsreform und Geldentwertung werden die Finanzinstitute mit ihren erworbenen Realwerten die Gewinner, das Volk mit Sparheften, Obligationen und Versicherungen die Verlierer sein.

Diese Ansicht vertreten jedenfalls auch Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut, Hannover, im Kapitel «Der Welt-Geldbetrug» in seinem Buch «Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?» (Aton-Verlag) und Gerhoch Reisegger, Unternehmensberater, im Buch «Wege aus dem Globalisierungschaos» (Hohenrain-Verlag). Gegen diese Ungerechtigkeiten sind staatliche Regelungen nötig. *Emil Rahm, Hallau*

Ausländerkriminalität stoppen – Grenzkontrollen wieder einführen!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind äusserst besorgt über die aktuelle Situation in den Bereichen Kriminalität und Sicherheit. Sie fordern deshalb eine dringend nötige Verschärfung des Strafrechts, damit Ausländer bei schweren Delikten nach Verbüßung der Strafe konsequent ausgeschafft werden können. Aufgrund der beunruhigenden kriminellen Aktivitäten von einreisenden Ausländern ist das Schengen-Abkommen auszusetzen und Grenzkontrollen wieder einzuführen.

Die jüngst veröffentlichte Kriminalstatistik des Bundes für das Jahr 2009 hat äusserst Besorgnis erregende Zahlen zutage gefördert. So gehen 48 Prozent der kriminellen Taten auf das Konto von Auslän-

dern. Davon entfallen 14 Prozent auf Kriminaltouristen und 4,4 Prozent auf Asylbewerber. In den Schweizer Gefängnissen liegt der Ausländeranteil bei über 70 Prozent. Diese erschreckenden Zahlen sind nicht nur die Folge der largen Ausländerpolitik der letzten beiden Jahrzehnte, sondern auch der offenen Grenzen, welche die Personenfreizügigkeit mit der EU und insbesondere der Schengen-Beitritt mit sich gebracht hat. Leider stemmt sich der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments gegen die dringend nötigen Verschärfungen des Strafrechts.

SD für Sicherheit...

Die SD bekräftigen, dass sich die Partei auch in Zukunft mit ganzer Kraft für die Sicherheit der Bürge-



Nein, die Türkei ist (noch) nicht dabei!

rinnen und Bürger einsetzen wird. Die Missstände sind beim Namen zu nennen. Ausländische Straftäter sollen in Medienmitteilungen der Polizei realitätsbezogen mit ihrer Nationalität genannt werden.

...und gegen Schengen

Die Schweiz hat mit dem Schen-

genbeitritt die Kontrolle der Grenzübergänge aus der Hand gegeben. Die Behörden konnten bislang keine messbaren Erfolge des Schengenbeitritts aufzeigen. Tatsache sind hingegen die katastrophalen Kriminalitätszahlen. Die Kosten von Schengen sind immens; die Tauglichkeit der Fahndungssysteme jedoch nicht bewiesen. Wer jetzt die Zustände schönredet und sich gegen jegliche Verschärfung des Strafrechts und gegen die Ausschaffung krimineller Ausländer wehrt, macht sich mitverantwortlich für die herrschenden beschämenden Zustände. Die SD fordern zudem die Aussetzung des Schengen-Abkommens und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Eurozukauf bedeutet Klumpenrisiko!

Seit Monaten kauft die Schweizer Nationalbank (SNB) Euro für Franken, um so den Wechselkurs einigermaßen stabil zu halten. Doch mit diesen Massnahmen geht die SNB ein erhebliches Risiko ein: Der Euro-Klumpen, sprich Anteil an den Währungsreserven, ist in den letzten zwei Jahren von 47 auf 65% gestiegen.

Für die SD ist der massive Zukauf von Euros durch die Nationalbank ein Zeichen von Verantwortungslosigkeit, welche die Schiefelage des Euro im Verhältnis zum starken Franken nur kurzzeitig überbrücken kann. Griechenland habe 236 Milliarden Euro Schulden. Allein

2010 muss Griechenland Kredite im Wert von 50 Milliarden Euro refinanzieren. Der weitere Zukauf von Euro ist für die SD ein Fass ohne Boden! Zudem hat Griechenland in den letzten zehn Jahren von den EU-Nettozahlern rund 61 Milliarden Euro erhalten. Trotz den Milliardeninvestitionen in den letzten Jahren sei es dem Land weder gelungen, seine Produktivität zu erhöhen, noch seine Volkswirtschaft vernünftig zu restrukturieren. Daher ist es auch 2010 mehr als unwahrscheinlich, dass es mitten in der weltweiten Wirtschaftskrise zu einer Verbesserung der griechischen Finanz- und Wirt-

schaftslage kommen wird. Vielmehr ist zu befürchten, dass weitere Milliardeninvestitionen verloren gehen werden.

Für die SD darf nicht sein, dass die Fleissigen in Europa alles bezahlen und zudem noch um die Stabilität des Ersparnten zittern müssen. Staaten wie Griechenland sollen ihre alten Währungen wieder einführen und sämtliche Wirtschaftsbeziehungen auf diese «alte» Währung stützen. Die Abwertung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken ist für die SD keine Katastrophe, sondern vielmehr der Beginn der Therapie.

Bernhard Hess, e. Nationalrat

Spendenaufruf und Begleichung Abonnement 2010!

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Ohne die langjährige Treue und Unterstützung unserer Abonnenten und Gönner würde der «Schweizer Demokrat» schon längst nicht mehr erscheinen. Dafür ein Dankeschön und auch ein Merci für die zukünftige «Zusammenarbeit» mit unserer Parteizeitung, d.h. dem wichtigsten «Sprachrohr» unserer Partei!

Doch auch dies gehört dazu: Jeweils zu Beginn des Jahres ist das Jahresabonnement für den «Schweizer Demokrat» zur Bezahlung fällig. Mit besonderer Post erhielten Sie im Laufe des Monats Januar einen Einzahlungsschein mit

der Bitte um rasche Begleichung des Abos.

Leider mussten wir feststellen, dass bis Ende April sehr viele Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift den Abonnementsbetrag von Fr. 45.– noch nicht beglichen haben. In den nächsten Tagen werden alle Abonnenten des «Schweizer Demokrat» mit Briefpost eine aktuelle politische Information, inkl. nochmaligem Einzahlungsschein, erhalten. Wir bitten Sie, falls noch nicht gemacht, das Jahresabonnement 2010 spätestens dann zu überweisen.

Für Aufrundungen sind wir Ihnen sehr dankbar und werden deshalb

auch keinen Betrag auf den Einzahlungsschein aufdrucken lassen. Unabhängig von der Bezahlung des Abos können Sie der Partei auch eine Sonderspende zukommen lassen. Ein jeder Betrag – ob klein oder gross – hilft mit, damit wir uns mit unablässiger Stosskraft weiterhin gegen die Überfremdung, Einwanderung und Übervölkerung unserer geliebten Heimat einsetzen können.

Mit patriotischem Dank;
Ihre SD-Parteileitung

Ueli Brasser, SD-Zentralpräsident
Markus Borner, SD-Vizepräsident
Bernhard Hess, SD-Geschäftsführer